



Gut gemeint = gut gemacht?

Voraussetzungen für wirksame Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus



Vorwort	3
„Gut gemeint gleich gut gemacht?“ <i>Ingrid-Barbara Simon</i>	5
Gut gemeint gleich gut gemacht? <i>Grußwort von Prof. Dr. Heinz-Werner Poelchau</i>	9
„Der Tanz auf des Messers Schneide“ <i>Dr. Stephan Bundschuh</i>	13
„Wirkung von Entimon- und Xenos-Projekten Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Praxis“ <i>Ragna Bohne</i>	23
„Ansätze und Methoden gegen Fremdenfeindlichkeit“ <i>Dr. Klaus-Peter Hufer</i>	31
„Theorie und Praxis von Vernetzung und Kooperation“ <i>Dr. Reiner Schiller-Dickhut</i>	43
„Theorie und Praxis von Vernetzung und Kooperation“ <i>Sebastian Goecke</i>	57
„Orientierungspunkte interkultureller Bildungsarbeit“ <i>Anne Broden</i>	71
„Orientierungspunkte interkultureller Bildungsarbeit“ <i>Maria Do Mar Castro Varela</i>	77
„Orientierungspunkte interkultureller Bildungsarbeit“ <i>Dr. Stephan Bundschuh</i>	83
„Ausblick: Wie geht's weiter mit ENTIMON, XENOS & Co?“ <i>Andrea Keppke</i>	87
„Ausblick: Wie geht's weiter mit ENTIMON, XENOS & Co.“ <i>Thomas Becker</i>	93

„Gut gemeint = gut gemacht?“ Voraussetzungen für wirksame Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus –

So lautete der Titel einer Fachtagung für ENTIMON- und XENOS-Projekte, die von der BAG KJS im Auftrag der Servicestelle für das Programm „entimon“ gsub und der Nationalen Koordinierungsstelle für das Programm „XENOS“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit in Kooperation mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus e.V. (IDA) und LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW am 11./12. Februar 2004 in Köln durchgeführt wurde.

Im Vordergrund der Tagung stand die Frage nach der Wirkung von Maßnahmen und Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und nach den notwendigen (politischen und gesellschaftlichen) Rahmenbedingungen. Grundlegende Ziele waren Informations- und Erfahrungsaustausch, die Anregung von Kooperationen und Vernetzung sowie die Förderung der Qualitätsentwicklung und Verbesserung der Rahmenbedingungen der Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Neben zwei Vorträgen, die den Themenkomplex aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchteten und den daran anschließenden Diskussionen, bildeten vier „Expert/innengruppen“, in denen unterschiedliche Schwerpunkte, Konzepte und Ansätze präventiven Handelns innerhalb der Projektarbeit diskutiert wurden, den Schwerpunkt der Tagung. An den Expert/innengruppen wirkten sowohl Fachleute aus Theorie und Praxis, aus der Bildungsarbeit, Jugendarbeit und der Verwaltung aktiv mit. Neben exemplarischen Projektvorstellungen gab es zudem für alle Projektträger die Möglichkeit, sich im Rahmen einer Ausstellung zu präsentieren.

Die vorliegende Dokumentation fasst Ergebnisse der Tagung zusammen und bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern so auch die Möglichkeit, weiter an den Themenschwerpunkten und -ansätzen zu arbeiten. Die Fachtagung könnte einen Ausgangspunkt bilden für eine nachhaltigere Zusammenarbeit, Kooperation und Vernetzung von Projekten – Voraussetzung ist hier allerdings, dass sich ein oder mehrere Träger regional zusammenschließen, um diesen Prozess initiativ voran zu treiben.

Als weiteres Ergebnis der Fachtagung zeigte sich, wie vielfältig die Arbeitsansätze und das Spektrum interkultureller, gewaltpräventiver und antirassistischer Projekte in den letzten Jahren geworden sind. Diese Vielfalt reichte von den Arbeitsansätzen über die Methodik bis hin zur Zielgruppe. Die Fülle von Projektansätzen zeigte jedoch auch, dass eine Vernetzung hin zum fachlichen Austausch und zur Kooperation bisher nicht oder nur ungenügend stattgefunden hat. Die Resonanz auf die Fachtagung und die Versuche, eine solche Kooperation, Vernetzung und Austausch anzuregen, war sehr positiv. Der Wunsch vieler Projektträger wurde abschließend dahingehend geäußert, dass Vernetzung auch zwischen den einzelnen Programmen, sei dies nun XENOS, ENTIMON oder CIVITAS stärker gewünscht ist. Dieser Punkt ist auch im Hinblick auf die begrenzte Förderung der Projekte von besonderer Bedeutung – gilt es doch, Ressourcen und finanzielle Förderung zu organisieren, sowie das Wissen in Netzwerken strukturiert weiter zu geben.

Andreas Lorenz
Geschäftsführer

„Gut gemeint gleich gut gemacht?“

Ingrid-Barbara Simon
Unterabteilungsleiterin
Kinder und Jugend im
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin

Ich begrüße Sie herzlich zur Regionalkonferenz NRW der Programme **Entimon** und **Xenos** hier in Köln. Sie ist die **fünfte** von elf Länder- und Regionalkonferenzen. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind und dass diese vernetzenden programmübergreifenden Konferenzen in allen Bundesländern durchgeführt werden.

Sie treffen sich zum fachbezogenen Austausch von zum Teil sehr unterschiedlichen Projekten und Projektträgern und zu einer **programmübergreifenden Vernetzung**, die dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit der Programme entspricht. Es geht um Qualität, Wirksamkeit und handfeste Erfolge, die die Motivation fördern und für das Gesamtprogramm wichtig sind.

Dies ist wichtig. Denn zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit **sind der Ausbau und die Stärkung demokratischer Strukturen** vorrangig.

Wo **demokratische Diskurse und Aktivitäten** schwach ausgebildet sind, fällt es rechtsextremen Akteuren leicht, ihre Ideologien im Alltag zu verankern.

Die Anregung eines breiten gesellschaftlichen Engagements, die Stärkung der Zivilcourage und gezielte präventive Arbeit sind daher von großer Bedeutsamkeit.

Dabei brauchen wir vor allem das Engagement der Kräfte, die sich vor Ort gegen Ausländerfeindlichkeit stark machen – Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Unternehmerinnen und Unternehmer. Wichtig erscheint mir aber auch, dass Sie vor Ort Kontakte aufnehmen zu anderen Initiativen und Projekten z.B. den Jugendmigrationsdiensten, der kulturellen oder politischen Jugendbildung. Hierdurch entstehen Synergien, die Ihrem eigenen Projekt zugute kommen, aber auch die Nachhaltigkeit befördern.

Mit dem **Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“**, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **2001 initiierte**, unterstützt die Bundesregierung Projekte, die auf eine **Stärkung der demokratischen Jugendkultur** abzielen. Mit dem umfassenden Programm wird demokratisches Verhalten und ziviles Engagement gestärkt und Toleranz und Weltoffenheit gefördert. Es werden **zivilgesellschaftliche Basisinitiativen** unterstützt, die sich gegen Rechts-Extremismus und Rassismus engagieren.

Der bisherige Erfolg des Aktionsprogramms mit seinen drei Teilen **„civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern“** **„entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“**

sowie „**xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt**“ ist beachtlich: Seit 2001 wurden insgesamt über 3.500 Projekte, Initiativen und Maßnahmen gefördert.

Dabei war es allein in NRW bis heute möglich, 232 Projekte mit einer Gesamtsumme von über 17 Mio. Euro zu fördern,

davon

- 197 in dem Programm **entimon**, das entspricht einer Fördersumme von 6,7 Mio. Euro und
- 35 in dem Programm **xenos** mit einer Fördersumme von 10,5 Mio. Euro aus ESF-Mitteln.

In **entimon** allein wurden in 2003 in NRW 41 Projekte mit einer Gesamtsumme von 1,5 Mio. Euro gefördert, in 2004 werden 24 mehrjährige Projekte erneut über 1 (1,3) Mio. Euro erhalten.

Bis 2006 werden in dem Aktionsprogramm – nach derzeitigem Planungsstand – folgende Mittel seitens des Bundes zur Verfügung gestellt:

- **entimon:** 63,3 Mio. €,
- **civitas:** 44,1 Mio. €,
- **xenos:** 75 Mio. € ESF-Mittel, hinzu kommen ca. 75 Mio. € Kofinanzierungsmittel, die zwingend vorgeschrieben sind.

Das sind insgesamt, ohne Kofinanzierungsmittel, **182,4 Mio. €** (2001 bis 2006).

Der Begriff entimon bedeutet Wert, Würde, Ehre, Respekt voreinander – Werte, die für die Ziele des Programms stehen.

Diese Ziele sind:

- die Fähigkeit für Fremde und für die Vielfalt kultureller, ethnischer und religiöser Überzeugungen und Lebensformen offen zu sein und

dies mit dem Eintreten für das Grundgesetz und für Menschenrechte zu verbinden, also Einübung in Toleranz;

- fähig und bereit sein, sich gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wenden und Minderheiten zu schützen (Gewalt bekämpfen);
- Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft einzubinden (Integration);
- die Bereitschaft zu fördern, sich für Aufgaben des Gemeinwesens zu engagieren, also Verantwortung zu übernehmen;
- fähig zu sein, Interessengegensätze und Konflikte demokratisch zu bewältigen (Demokratie erfahren durch demokratisches Handeln);
- Mut zu machen, die eigene Überzeugung auch öffentlich zu vertreten (Zivilcourage);
- eine verlässliche politische Grundbildung zu vermitteln (Wissen).

Aufgabe des Programms entimon ist die Förderung von an diesen Zielen orientierten Maßnahmen. Einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung sollen politische Bildungsmaßnahmen **leisten**, insbesondere modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen, die Beteiligungsprozesse in den Vordergrund stellen und Netzwerkcharakter haben bzw. entwickeln.

Ich möchte mich bei Ihnen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Projekte für ihren täglichen Einsatz für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus bedanken.

Wir alle müssen uns im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützen und vernetzen, um erfolgreich zu sein.

Und nun wünsche ich der Tagung – im Sinne gut gemeint ist – ganz gut, gut gemacht ist besser bzw. richtig gut – viel Erfolg.

Gut gemeint gleich gut gemacht?

Grußwort zur Einführung in die Regionale Fach-Tagung für Entimon- und Xenos-Projekte

Prof. Dr. Heins-Werner Poelchau
Ministerium für Schule, Jugend und Kinder
des Landes NRW (MSJK NRW), Düsseldorf

Von Kurt Tucholsky soll die Frage stammen, was das Gegenteil von „gut“ sei. Nicht „schlecht“, so die Antwort, sondern „gut gemeint“. In diesem Sinne verstehe ich die Tagung hier in Köln. Sie wollen danach fragen, was denn nun wirklich gut war bei den Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, und was denn lediglich gut gemeint war.

Lassen Sie mich es bereits jetzt sagen: Ich glaube kaum, dass wir wirklich in der Lage sein werden, im Laufe dieser Tagung die Frage befriedigend zu beantworten. Viel zu viele „Wenns“ und „Abers“ gibt es bei dem Versuch, klare Aussagen zu bekommen. Trotzdem: Wir sollten versuchen, ein wenig die Spreu vom Weizen zu trennen. Und das aus verschiedenen Gründen, auf die ich noch eingehen werde.

Zunächst möchte ich aber einige Gedanken zum Problemkreis Fremdenfeindlichkeit und Rassismus darstellen:

Fremdenfeindlichkeit ist zwar kein neues Phänomen im menschlichen Zusammenleben. Die Wissenschaft hat dazu immerhin ein Fremdwort – Xenophobie – geschaffen und xenophobische Tendenzen in vielen Gesellschaften und über viele Jahrhunderte nachgewiesen.

Andererseits sind Toleranz und Akzeptanz des Anderen, des Fremden, grundlegende Ziele einer zivilisierten Gesellschaft, ohne die sie sich nicht friedlich entwickeln kann. Welche schrecklichen Folgen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gerade in Deutschland nach sich ziehen können, haben wir in unserer jüngeren Geschichte schmerzlich erleben müssen. Wir sind gerade in unserem Land besonders herausgefordert, jeder Form von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschlossen entgegen zu treten.

Und da gilt es, besonders sensibel zu sein. Nicht nur bei groben Verstößen gegen das gesellschaftliche Ziel, sondern schon in vielen Kleinigkeiten und Unbedachtsamkeiten. Ich erinnere mich noch gut an die Aufkleber in den Straßenbahnen und Bussen: Hinweise wurden in Englisch und Französisch gegeben, Strafandrohungen für das Fahren ohne Fahrschein dagegen in Türkisch, Griechisch oder Serbokroatisch.

Ihnen werden sicherlich ähnliche Beispiele unmittelbar einfallen. Dabei sind unsere Gesellschaften ohne Zuwanderer gar nicht denkbar und das 2000-jährige Völkergemisch an Rhein und Ruhr macht einen wesentlichen Teil des Charmes dieser Region aus. Denken Sie nur an den Ur-Kölner schlechthin, an Willy Millowitsch, dessen Vorfahren bestimmt nicht vom Rhein, sondern aus Serbien kommen oder die Kölner Verlegerfamilie Neven-Dumont, die von französischen Hugenotten abstammen dürfte.

Wichtig scheint mir, dass wir gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur am Rand der Gesellschaft angehen müssen. Volker Ahlheim von der Uni Essen wird nicht müde darzustellen, dass rechtsradikales, nationalistisches oder rassistisches Denken aus der Mitte der Gesellschaft kommt und – das schreckt mich besonders – dass auch junge Menschen vermehrt dieses Gedankengut aufgreifen. Überzogener Nationalismus ist schließlich nicht nur ein Problem bei deutschen Jugendlichen, sondern auch bei vielen jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

Wenn wir etwas gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus tun wollen – und da geschieht ja Gott sei Dank schon sehr vieles in den Schulen und in der Jugendarbeit – dann müssen wir alle jungen Menschen im Blick haben!

Und auch und gerade in dieser Breite derer, die wir ansprechen wollen und ansprechen müssen, liegt ein Problem bei der Frage, ob unsere Programme und Aktionen wirklich zum Abbau von Ressentiments beitragen: Sehr viel Verschiedenes muss gesehen werden, wenn wir von Erfolg sprechen wollen und sehr viele Verschiedene müssen wir im Blick haben.

Schließlich ist es überzogen, wenn wir erwarten, dass eine einzelne Maßnahme, ein einzelnes Projekt wirklich wirksam ist. Denn Fremdenfeindlichkeit und Rassismus macht sich ja nicht nur in einzelnen Verhaltensweisen fest (diese abzubauen ist schon schwer genug!), sondern dieses Verhalten beruht auf Einstellungen und Haltungen, die nur im Gesamtzusammenhang von Bildungsprozessen aufgebrochen und weiter entwickelt werden können.

Von daher ist es mir wichtig, die Frage nach der Wirksamkeit von Projekten nicht kurzschlüssig auf rein empirische Untersuchungen zu reduzieren (und ich bin mir als empirischer Sozialforscher der damit verbundenen Problematik durchaus bewusst). Aus der Tatsache, dass ein ganz bestimmtes Verhalten nicht mehr gezeigt wird, kann ich nur sehr schwer auf veränderte Einstellungen und Haltungen schließen. Vielleicht ist damit ein erster wichtiger Schritt gemacht. Aber es müssen viele weitere folgen.

Ich bin davon überzeugt, dass nur längerfristige Bildungsbemühungen – sei es in der Schule und sei es in der Jugendarbeit – dazu beitragen können, den Abbau von Vorurteilen und den Aufbau konstruktiver Einstellungen und Haltungen voranzutreiben. Bildungs- und Erziehungsbemühungen, die die jungen Menschen in ihrer ganzen Person ansprechen, die nicht nur kognitives Wissen im Blick haben, sondern auch Haltungen und Einstellungen.

Wichtig ist mir, dass wir Bildungsbemühungen in ihrer ganzen Breite im Auge haben und nicht ungerechtfertigt auf einzelne Aktivitäten setzen. Da wird sonst die Enttäuschung über mangelnde Erfolge sicherlich groß sein.

Die Einbettung von Projekten und Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in eine ganzheitliche Vorstellung von Bildung und Erziehung sehe ich auch in einem organisatorischen Rahmen. Im Zusammenwirken von schulischer und außerschulischer Arbeit liegen große Potenziale, die wir noch nicht genügend ausgeschöpft haben. Ich bin davon überzeugt, dass unterschiedliche Zugangswege, unterschiedliche Methoden und Strategien in der Vermittlung und der Erziehung sich gegenseitig ergänzen können – und müssen, wenn wir Erfolg haben wollen.

Ich würde mich freuen, wenn es gelänge, gerade bei einem solchen Ziel die Zusammenarbeit der Akteure im Bildungs- und Erziehungsprozess stärker miteinander zu verzahnen, sie ins Gespräch zu bringen und kooperative Arbeit voranzutreiben.

Dazu möchte ich Sie ermutigen. Vielleicht gibt es ja eine Möglichkeit, die Projektgalerie einmal Lehrkräften von Schulen zu zeigen und sie zum Mittun anzuregen. Was ich dazu tun kann, will ich gerne tun.

„Der Tanz auf des Messers Schneide“

**Über die Gefährdungen antirassistischer
und interkultureller Projektarbeit**

Dr. Stephan Bundschuh
Geschäftsführer des Informations- und
Dokumentationszentrums für
Antirassismuserbeit (IDA) e.V., Düsseldorf

Erste Anmaßung

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich befinde mich hier eigentlich in einer unmöglichen Position, indem ich mir als Mitveranstalter dieser Tagung und Mitglied des Entimon-Beirats das Vortragspult zur besten Tageszeit reserviere. Es muss Ihnen scheinen, als sei ich jemand mit einem ausgeprägten Ego – wie man so sagt. Es ist aber nicht ausgeprägt genug, dass ich nicht die Anmaßung meiner Rolle merkte, selbst wenn ich unverschuldet in sie hineingerutscht sein sollte. Aus diesem Grunde stellt sich für mich die Frage, wie ich zu Ihnen sprechen kann, damit sie mir überhaupt zuhören und zwar nicht nur aus Pflicht, sondern auch aus Interesse. Denn die erste Ihrer Überlegungen könnte ja zu Recht sein: Was hat schon jemand zu sagen, der nicht durch sein Verdienst, sondern durch seine Position und seinen Posten ans Vortragspult gelangt? Ich kann diesen Vorbehalt nicht ausräumen, möchte aber zu bedenken geben, dass diese Konstellation in unserer Gesellschaft doch nicht so ungewöhnlich ist und trotzdem manchmal interessante Dinge daraus entstehen können.

Jedenfalls habe ich durch diese privilegierte Situation die Möglichkeit, Ihnen zuallererst meinen und wohl auch den Dank des Entimon-Beirats für Ihre unermüdliche, oft frustrierende, von Rückschlägen gekennzeichnete, aber auch erfolgreiche Arbeit für eine gerechtere Gesellschaft auszusprechen. Wenn auf dieser Tagung diese oder jene Kritik an Projektarbeit geäußert wird, wird diese Kritik grundsätzlich in Anerkennung der wichtigen Leistungen Ihrer Arbeit formuliert sein.

Ursprünglich beabsichtigte ich, unter dem Motto des „Gut gemeint = gut gemacht?“ über die eigenartige Dialektik von antirassistischer Absicht und der Reproduktion rassistischer Mechanismen, über die Erzeugung von Fremdheit durch die Arbeit gegen Fremdheitsgefühle, über die Verabsolutierung der Differenz durch die Arbeit zur Anerkennung von Differenz und über die Rassisierung der Kultur durch die interkulturelle Arbeit zu sprechen. Nach eingehender Beschäftigung mit der Literatur bin ich zum Schluss gelangt, dass es derart gute Texte dazu gibt und es keinen Sinn macht, nur zu wiederholen oder zusammenzufassen, was bereits vorliegt. Aus diesem Grunde werde ich Ihnen jetzt ersatzweise einige Namen von Autorinnen und Autoren nennen, die erstens theoretisch außerordentlich versiert sind und zweitens ihre Positionen durch die Arbeit im pädagogischen Feld gewonnen haben, bei denen also Theorie und Praxis eine

so enge Verschränkung gefunden haben, dass sie weder als theoretisch unterkomplex, noch als praktisch unterbelichtet gelten können.

Ich vermute, dass die meisten von Ihnen, die mitten in der Projektarbeit stecken, alle Hände voll zu tun haben und kaum die Zeit finden, viel zu lesen. Das tut auch nicht Not. Es genügt ein Blick in diese Schriften, legen Sie sie auf Ihren Nachttisch, lesen Sie sie in der Bahn, nur einen Artikel daraus, fangen sie das Buch hinten, in der Mitte oder vorne an, Sie werden jeweils angenehme Überraschungen erleben.

Es gibt mittlerweile einige Autoren und Autorinnen, wovon ich nur die mir bekanntesten drei aufzähle. Sollten Sie sie schon längst kennen, dann lassen Sie es uns als Bestätigung nehmen, auf der richtigen Fährte zu sein. Dazu gehören:

- Philip Cohen: *Verbotene Spiele. Theorie und Praxis antirassistischer Erziehung*, Hamburg 1994.
- Annita Kalpaka: z. B. *Stolpersteine und Edelsteine in der interkulturellen und antirassistischen Bildungsarbeit*, in: Wolfram Stender/Georg Rohde/Thomas Weber: *Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit. Projekterfahrungen und theoretische Beiträge*, Frankfurt/M. 2003. Natürlich lohnt sich immer, den Klassiker von Kalpaka und Nora Räthzel: *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*, Köln 1994 (Erstausgabe 1986) heranzuziehen.
- Rudolf Leiprecht: *Antirassistische Ansätze in (sozial-)pädagogischen Arbeitsfeldern: Fallstricke, Möglichkeiten und Herausforderungen*, in: Stender/Rohde/Weber: *Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit. Projekterfahrungen und theoretische Beiträge*, Frankfurt/M. 2003, aber auch andere Aufsätze von ihm.

Ich möchte Ihnen nun zum Abschluss dieser Sequenz eine kleine Geschichte aus einem anderen Aufsatz von Kalpaka und Räthzel vortragen. Sie erzählen von einem Stück eines Hamburger Kindertheaters mit dem Titel: „Fiesta Fiasko – eine Stierkampfvue“. Das Stück richtet sich gegen Krieg und Gewalt, Hauptfigur ist der Stier Ferdinand, „der nicht in der Arena kämpfen will, sondern lieber Blumen pflückt und auf der Wiese den Schmetterlingen nachjagt“, wie sie erzählen. Das Stück beginnt so:

„In Spanien sind die Spanier so stolz wie die Spanier, in Spanien sind die Spanierinnen noch stolzer als die Spanier. In Spanien sind die Spanierinnen so stolz wie die Sonne, die die stolzen Spanier schwitzen macht. Bei der Arbeit und beim Tanzen. Und dann trinken die stolzen Spanier den feurigen spanischen Wein und vor lauter Feuer werden sie noch stolzer. Stolz darauf, dass sie Spanier sind. Und stolz darauf, dass die Spanierinnen Spanierinnen sind. Und stolz darauf, dass sie Spanier und keine Spanierinnen sind. Und dann singen sie und dann lachen sie und dann tanzen sie wieder und dann schwitzen sie wieder und dann trinken sie wieder von dem feurigen Wein und so werden sie immer stolzer und stärker und mächtiger und mutiger, bis sie vor lauter Stolz nicht mehr gerade gehen können.“¹

Das klingt doch eigentlich ganz lustig. Auf alle Fälle harmlos, könnte man denken, da es sich ja erwiesenermaßen um ein Spiel, ein Märchen handelt. Aber, fahren die Autorinnen fort:

„Die Sprache ist grotesk überzogen, man könnte argumentieren, rassistisches Denken würde gerade kritisiert. Man muss sich jedoch fragen, ob man in einer Gesellschaft, die diese Stereotypen als Herrschaftsmittel benutzt und in der die Machtverhältnisse zwischen ethnischer Minderheit und ethnischer Mehrheit derart ungleich verteilt sind, durch solche Witze Klischees nicht eher verstärkt als in Frage stellt.“²

Dazu kommt noch, dass der liebe Stier Ferdinand so gut ist, dass er anders als die Spanier kein Macho sein will und gegen Kampf und Krieg ist. Sind wir männlichen Deutschen nicht auch ein bisschen wie der Ferdinand?

Ist das, was ich gerade erzählt habe, aktuell? Ich glaube, ja. Der Aufsatz, dem ich dieses Beispiel entnommen habe, stammt aber – leider, muss ich sagen – aus dem Jahr 1989.

Ich frage jetzt nicht, wo eigentlich die Jahre zwischen 1989 und 2004 geblieben sind, so dass ein Text von 1989 noch so treffend sein kann, sondern widme mich anderen Punkten, die aber möglicherweise Anhaltspunkte zur Erklärung dieser Lücke bieten.

Im Folgenden will ich von drei weiteren Anmaßungen sprechen:

- der Anmaßung der Politik
- der Anmaßung der Wissenschaft
- und der Anmaßung der Praxis

Die Anmaßung der Politik

Die Pädagogik ist wieder politisch geworden.

Diese Aussage ist weder eine Reminiszenz an die sechziger Jahre und die StudentInnenbewegung, noch eine Forderung an die heutige Zeit, sondern eine Bestimmung der aktuellen Situation der Pädagogik in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Interkulturalität.

Die Bestimmung des Politischen findet auf drei Ebenen statt:

Erstens sind die Themen selbst politisch, hier geht es um Gesellschaftsentwürfe, um das Verhältnis von Einheimischen zu Eingewanderten, von Mehrheiten zu Minderheiten, es handelt sich um Themen, bei denen die Pädagogik die politische und soziale Dimension nicht ausblenden kann.

Zweitens sind die Themen in der Bevölkerung heftig umstritten und führen zu öffentlichen Auseinandersetzungen auf der Straße, in den Medien, in Hochschulen und auf Schulhöfen. So entpolitisiert die Jugend erscheint, so politisch positioniert sie sich zu diesen Themen.

Drittens sind die Themen von Interesse in der politischen Klasse. Die Politik tut sich damit schwer. In den 80er Jahren wurden Rassismus und Rechtsextremismus politisch vollständig ignoriert, Thema waren die radikale Linke und natürlich der Kommunismus. Dies hat sich glücklicherweise in den neunziger Jahren geändert, allerdings vor allem durch die Gewalt auf der Straße erzwungen, die international mit Schrecken wahrgenommen wurde, da sie Assoziationen zu 1933 weckte. Schließlich hat die Bundesregierung die Programme Entimon, Civitas und Xenos eingerichtet, um bundespolitisch ein Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Als Initiative der Bundesregierung standen die Programme bundespolitisch wiederholt im Kreuzfeuer:

- Sie haben vielleicht die Diskussion um das Entimon-Programm Ende 2002 verfolgt, bei der es um Sinn und Zweck der Geldvergabe ging, die politische Opposition die Umwidmung der Gelder in Extremismus- oder Islamismusbekämpfung verlangte und der Bundesrech-

nungshof die Effizienz der Programme bezweifelte. Bezüglich des Programms wankte die Regierung, aber sie fiel nicht.

- Jüngst geriet Entimon beim öffentlichen Skandal um die Muslimische Jugend in Deutschland erneut in die Schlagzeilen und in die Mühlen der Opposition, auch der Verfassungsschutz schaltete sich ein.

Dieser politische Druck hat zur Folge, dass die Projekte verstärkt kontrolliert werden, damit aber Innovationen, die genuin mit dem Begriff des Projekts verknüpft sind, natürlich erschwert sind. Denn bei innovativen Ansätzen ist das Ergebnis nicht unbedingt absehbar. Gerade innovative Projekte in den Themenbereichen Rechtsextremismus, Antirassismus und Interkulturalität tanzen auf des Messers Schneide, wenn sie pädagogisch in diesen hochpolitisierten Bereichen neue Wege suchen, und bräuchten dabei doch alle Rückendeckung. So ging wegen mangelnder Unterstützung z. B. das pädagogische Wissen der akzeptierenden Jugendarbeit im rechtsextremen Feld mehr oder weniger verloren, da sie sich – zum Teil zu Recht – so lange einer herben Kritik ausgesetzt sah, dass heute nur noch wenige solcher Projekte existieren und kaum neue Modelle entwickelt wurden, dies jetzt aber öffentlich wieder beklagt wird.

Die Projekte werden durch diese Situation politisch und sozial überfordert. Sie sollen die Welt verbessern und die Zivilgesellschaft stärken, aber kein Aufsehen erregen.

Die Anmaßung der Wissenschaft

Die pädagogische Wissenschaft spielt den Igel und die Igelin, während der Hase mit Namen „Pädagogische Praxis“ verzweifelt nach Luft schnappt: Die Wissenschaft des Interkulturellen rudert zurück oder schreitet zum Transkulturellen fort. Hat sie Anfang der neunziger Jahre die Interkulturalität gegen die Multikulturalität und Ausländerpädagogik gestellt, indem sie die Beziehung zwischen den Kulturen als besonderes Merkmal des Migrationsdiskurses hervorhob, merkte sie beim Weiterdenken und insbesondere bei ihrer Anwendung in der pädagogischen Arbeit, dass die Hervorhebung der Kultur gegen ihre Intention zur Verdinglichung der kulturellen Differenz führte. Dem Kulturalismus, der auch da kulturelle Differenzen am Werk sieht, wo es sich eher um alltägliche zwischenmenschliche Konflikte oder soziale Auseinandersetzungen ohne einen spezifisch

kulturellen Kontext handelt, setzt die heutige avancierte interkulturelle Theorie die Kritik des Kulturbegriffs entgegen. Sie geht so weit zu fragen, ob der interkulturelle Diskurs nicht erst seinen Gegenstand, die kulturelle Differenz, erzeuge, um sich dann an ihr abzarbeiten. Während aber die Theorie den Begriff der Kultur als Deutungsmuster von Konflikten bereits wieder in Frage stellt, hat die Praxis mühselig die Wissenschaftsdiskussion der frühen neunziger Jahre in ihre Arbeitsbereiche aufgenommen. Jetzt, wo sie sich auf die Differenz eingelassen hat und Verständnis für andere Kulturen zu fördern versucht, sagt die Wissenschaft, dass dies längst veraltet oder gar ein Irrweg sei.

Exemplarisch dafür sei ein Aufsatz von Albert Scherr herangezogen.³ Dort formuliert er bereits abgeschwächt: „*Durchaus kritikbedürftig ist [...] ein naiver Interkulturalismus und Multikulturalismus* – und dies sowohl in Hinblick auf seine Problemdiagnose als auch hinsichtlich seiner Programmatik.“⁴ Naiv in der Programmatik bedeutet:

- Machtasymmetrien und soziale Ungleichheiten zu ignorieren;
- Kulturen als geschlossen zu betrachten;
- Individuen darauf zu reduzieren, eine Kultur zu repräsentieren;
- nur das Verständnis zwischen Kulturen zu thematisieren, nicht aber Konflikte (z. B. Verständnis von Geschlechterverhältnissen) und den universellen Geltungsanspruch der Menschenrechte zu diskutieren.

Selbst interkulturelle Arbeit, die diese Aspekte reflektiere, stehe vor folgenden Problemen:

- Sie ordne generell das Individuum einer Kultur ein, d. h. gehe vom Vorrang einer Gemeinschaft vor dem Individuum aus.
- Die Begegnung mit „anderen Kulturen“ führe nicht notwendig zu einem Verstehen der Anderen oder gar zu einer Infragestellung der eigenen Kultur bzw. Gewissheiten, es könne sogar das Differenzgefühl im Sinne einer „Abwehr von Irritationen“ verstärkt werden.

Egal also, was interkulturelle Pädagogik macht, sie steht nicht auf der Höhe des demokratischen Individualismus, den die aktuelle Wissenschaft verkörpert.

Die Anmaßung der Projektarbeit

Sie können jetzt nicht erwarten, dass ich die Mühen der Projektarbeit aufzähle, die ich als Geschäftsführer eines Vereins durchaus aus eigener Anschauung kenne: Sie rackern sich ab, sie machen haufenweise unbezahlte Überstunden, sie schlagen sich die Nächte um die Ohren mit konzeptionellen Diskussionen und Undank ist der Welt Lohn: Kaum betreten sie Boden außerhalb ihres Projekts, ernten sie Spott. Sie gelten als ungenügend qualifiziert, die Konzeption ihres Projekts wird zerpfückt in tausend Teile, die sie selbst wieder auflesen müssen. Man gesteht Ihnen zwar zu, dass sie sich anstrengen, aber alles in allem sei es doch umsonst. Checklisten, Richtlinien und Sollenskataloge prasseln auf Sie nieder.

Und Ihre Reaktion darauf? Ressentiment gegen Politik und Wissenschaft. Die Antwort der Praxis ist Verweigerung, das Beharren auf dem Recht, auch „Dönerpädagogik“ und den exotischen Früchtekorb als Visualisierung der Vielfalt der Kulturen zu verwenden. Es zeichnet sich eine widerständige Eigenlogik der Praxis ab.

Sie kennen mit Sicherheit alle die Gespräche in der Mittagspause einer Tagung. Am Vormittag kam die Theorie zur Sprache, am Nachmittag schlägt die Stunde der Praxis. Und am Mittagstisch die üblichen Reden:

„War ja schon interessant, aber ganz schön abstrakt!“ „Und was bringt das jetzt?“ „Die haben ja gut reden, sollen die doch mal einen Tag im Jugendhaus arbeiten, dann sieht das schon ganz anders aus.“

Und danach bleibt man bei seiner alten Praxis, so z. B. bei der kritisch so genannten Dönerpädagogik. Im Zentrum dieses Ansatzes steht die Begegnung des Einheimischen mit dem Fremden. Es handelt sich um „Interkulturelle Arbeit, die unter Einsatz von Kochen, fremdem Essen, Trommeln, Vermittlung fremder kultureller Werte usw. geschieht“.⁵ Sie geht davon aus, dass „[h]äufiger Kontakt zu Ausländern [...] mit überdurchschnittlich positiven und mit geringen Negativ-Wertungen einher[geht]. Diese Tatsache spricht klar für die These, dass das gegenseitige Kennenlernen und die Interaktion dem Abbau von Vorurteilen dienlich sind.“⁶ Es geht um Wissensvermittlung über die Herkunftsländer der Referentinnen und Referenten mit Migrationshintergrund. Die These lautet: „Lebendig vermittelte Information über ‚Fremde‘ und ‚Fremdes‘ verbessert deutlich die interkulturelle Kompetenz Jugendlicher“⁷, worunter verstanden wird, dass die Jugendlichen sich in fremde Lebens- und Sichtweisen hineinversetzen und so einen Perspektivenwechsel vollziehen und damit „ein Bewusstsein

für ein durch die jeweils umgebende Kultur geprägtes Denken⁴⁸ erhalten. Letzteres ist schon richtig, unterschlägt aber, dass im Migrationsdiskurs mindestens ein weiteres Bewusstsein eine Rolle spielt, nämlich das des Herausgelöstseins aus Kulturen.

Noch spannender wird es allerdings, wenn das Gelingen interkultureller Begegnungen in die Verantwortung der Referentinnen und Referenten mit Migrationshintergrund gelegt wird. Auf ihnen allein liegt die Last der Vermittlung, wenn sie eine homogene mehrheitsdeutsche Gruppe teamen. Da schließt sich ein ganzer Anforderungskatalog einschließlich der Anforderung an, dass Störende – die im Zweifel rassistisch agieren – von den teamenden Migrantinnen und Migranten vorrangig zu beachten seien. Bei dieser Pädagogik können sich die Einheimischen beruhigt zurücklehnen, denn die Verantwortung für ein Scheitern tragen die „Fremden“. Hier sehen wir wieder eine ähnliche Drehung wie beim von Kalpaka und Rätzkel entlehnten Beispiel über die Spanier. Am Ende sind immer die „Deutschen“ gut. Es ist erstaunlich, wie wir Mehrheitsdeutschen es schaffen, unsere Probleme anderen aufzubürden und uns damit unserer Verantwortung zu entledigen. Nur das diese erwähnte Pädagogik nicht aus dem Jahr 1989, sondern aus dem Jahr 2003 stammt.

Was also tut Not?

Erforderlich ist eine radikale Demokratisierung in allen genannten Feldern, d. h.

- eine Politisierung der etablierten Politik. Sie muss sich anstrengen, Politik gegenüber der Zivilgesellschaft nicht bürokratisch zu regeln, sondern zur Kultur der politischen Aushandlung in den Konfliktfeldern zu gelangen, die Gegenstand unserer Arbeit sind. Verlangt ist die Bereitschaft zum Dialog.
- Eine Dialogisierung der pädagogischen Wissenschaft. Sie kann sich nicht in ihrem eigenen Kreis drehen, sondern muss den Kontakt zur Praxis suchen, sofern sie Interesse hat, dass sich ihre Modelle in einer Verbesserung der pädagogischen Praxis niederschlagen. Vor allem aber sind die praktischen Erfahrungen selbst erkenntnisnotwendig für die Relevanz pädagogischer Theorien, wenn sie den Anspruch der Praxishilfe erheben wollen. Die Pädagogik muss sich in die La-

ge versetzen, Handlungsmodelle zu entwickeln, die die schwierigen Arbeitsbedingungen vor Ort berücksichtigen.

- Die Praktizierenden müssen ihr Ressentiment ablegen und die durchaus vorhandenen Gesprächsangebote von Politik und Wissenschaft nicht immer nur als Zumutung wahrnehmen. Nötig ist ein politisches Bewusstsein der pädagogischen Praxis, d. h. sie muss sich ihres gesellschaftlichen Orts und ihrer Verflechtungen mit anderen gesellschaftlichen Feldern vergewissern.
- Und zuletzt muss ich mich an der eigenen Nase packen: Wenn Sie sich diesen Tagungsablauf ansehen, der in seinem Aufbau vielen anderen gleicht, sehen Sie, dass wir einer impliziten Hierarchie verfallen sind. Immer folgt die Praxis der Theorie, immer hat als erstes die Wissenschaft das Wort, als ob sie alleine über die Deutungsmacht des Präsentierten verfügte. Warum sollte das nicht einfach einmal umgekehrt werden? Wie wir aus der interkulturellen Pädagogik wissen, kommt ein Gespräch nur zwischen Personen auf gleicher Augenhöhe zustande.

Vielen Dank

¹ Annita Kalpaka/Nora Rätzkel: *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*, in: Nora Rätzkel (Hg.): *Theorien über Rassismus*, Hamburg 2000, S. 184. Das Theaterstück fußt offensichtlich auf dem berühmten Kinderbuch von Munro Leaf: *The Story of Ferdinand*, Viking Press 1936.

² *Ebd.*

³ Albert Scherr: *Interkulturelle Pädagogik – (k)eine angemessene Reaktion auf Rechtsextremismus?*, in: Stender/Rohde/Weber (Hg.): *Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit*, Frankfurt/M. 2003, S. 42-55.

⁴ *Ebd.*, S. 51. (Hervorhebung v. A.S.)

⁵ Schulze: *Interkulturalität per Döner?*, in: Stender/Rohde/Weber (Hg.): *Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit*, Frankfurt/M. 2003, S. 177.

⁶ *Ebd.*, S. 181.

⁷ *Ebd.*, S. 183.

⁸ *Ebd.*

**„Wirkung von Entimon- und Xenos-Projekten:
Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Praxis“**

Wettbewerb „Gestern – heute – morgen“

Ragna Bohne
Julia e.V., Köln

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich nehme an, nahezu jeder von Ihnen kennt Hägar, den Schrecklichen, dessen Comics jeden Tag in der Kölnischen Rundschau erscheinen, Hägar,

- der fast in jedes Fettnäpfchen tritt, das es gibt,
- der in hervorragender Weise die absurden Situationen unseres mitteleuropäischen Alltagsleben auf den Punkt bringt,
- der es vor allem fertig bringt, in seinem mittelalterlichen Raubritteroutfit ganz zeitgemäße Probleme auszudrücken.

Was Sie hier sehen, passt sehr gut, wie ich meine, zu den Zielen unserer Arbeit, dem Abbau von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem bundesrepublikanischen Alltag einerseits und den Problemen, die uns dabei begegnen andererseits:

Hägar mit seinem roten Bart und der Knubbelnase als Vertreter der Einheimischen, Attila, der Hunnenkönig, als Vertreter der in Deutschland Zugewanderten.

„Es wird Zeit, diesen sinnlosen Kampf zu beenden, aber einer muss den ersten Schritt tun“ sagt Hägar, und das entspricht sinngemäß den Verlautbarungen, die in Politik und Öffentlichkeit zu hören sind.

Mit gutem Grund wandelt sich langsam der Tenor in Politikerreden und Medien, denn längst ist offenbar, dass Deutschland seine Zugewanderten braucht,

- um den wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen,
- um die Absicherung der vielbeschworenen „Alterspyramide“ zu finanzieren,
- um Nachwuchs in ausreichender Zahl für die Arbeitsplätze der Zukunft zu finden.

„... und ich denke, (den ersten Schritt) den solltest du tun“ sagt Hägar weiter und auch das ist eine Analogie zu dem, was wir täglich sehen,

hören und lesen können bezogen auf unsere sogenannte „Ausländerpolitik“ „die sollen erst mal Deutsch lernen“ oder „die müssen sich anpassen“ und selbst, wenn das Wort „Integration“ benutzt wird, verstehen viele darunter „Germanisierung.“

Natürlich reden wir eigentlich von den Ausländern, deren Aussehen und Sprache sich vom sogenannten Durchschnittsdeutschen so weit unterscheidet, dass sie als „Fremde“ erkennbar werden – also keineswegs Franzosen, Engländer oder Schweden oder Italiener und Spanier, wenn es nicht gerade Sizilianer sind. Selbst ein verbriefteter Deutscher, der als Spätaussiedler zugewandert ist, wird als Fremder identifiziert. Da heißt es immer noch, „Deutscher kann nur sein, wer deutschen Blutes ist“ und deswegen kann so ein Schwarzkopf auch kein Deutscher werden, und wenn er zehnmal die deutsche Staatsbürgerschaft hat oder hier in Deutschland geboren wurde.

Natürlich sagt Attila ebenfalls „Nein, mach Du den ersten Schritt“ und auch das lässt sich sehr gut auf die Situation unserer Zugewanderten in Deutschland beziehen:

Alle Menschen sind gleich ... sagt unser Grundgesetz – wir sind Menschen wie Ihr – heißt uns willkommen „könnten Zuwanderer sagen“.

Wir geben Euch unsere Arbeitskraft – also haben wir ein gutes Recht auf die Leistungen, die dieser Staat laut Gesetz allen seinen Bürgerinnen und Bürgern bietet.

Und bezogen auf diejenigen, die Asyl in Deutschland beantragen, weil keine Möglichkeit der Zuwanderung besteht:

Gebt uns Rechte, lasst uns arbeiten, damit wir nicht jahrelang zwischen drinnen und draußen leben ohne Arbeitserlaubnis, abhängig von der Sozialhilfe.

Da stehen sich nun Attila und Hägar gegenüber und wen wundert's noch, dass sich zwischen ihnen ein Abgrund auftut. Jeder Schritt vorwärts bedeutet einen Schritt in den Abgrund.

Es lässt sich leicht ablesen, dass diese beiden nicht aufeinander zugehen werden.

Wie sieht es aber nun mit uns selber aus?

Xenos und Entimon sind beides EU-Programme mit den Zielen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit abzubauen, damit ein friedliches Zusammenleben im Lebensumfeld und im beruflichen Umfeld erreicht wird.

Zielgruppen sind Jugendliche in der Berufsvorbereitung und –ausbildung sowie mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Eines der Ziele, das in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird, ist Nachhaltigkeit. Ein Wort, das in vieler Munde ist und dennoch immer wieder unterschiedlich verstanden wird.

Es bildet auch einen sehr wesentlichen Faktor in unserem Projekt – zumindest so, wie wir es verstanden haben.

Ich danke dem Veranstaltungsteam, dass Sie mir die Möglichkeit eröffnen, unser Projekt hier vorzustellen, weil ich daran einige Fragen aufwerfen möchte, die sich aus unseren Erfahrungen ergeben.

Mein Name ist Ragna Bohne, ich komme von Julia, hier aus Köln. Unser Projekt ist der generationsverbindende Wettbewerb gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit dem Titel:

Gestern – heute – morgen – Kundheit und Jugend unter einer radikalen Führung.

Ehe ich Ihnen etwas über das Projekt selber erzähle, möchte ich ein paar Worte zu unserer Initiative Julia e.V. sagen.

Ich erläutere dann den generationsverbindenden Arbeitsansatz.

Dann sage ich etwas zu der konkreten Thematik des Projektes und den Begleitangeboten, die wir einerseits den Multiplikatoren, aber auch den Jugendlichen direkt machen.

Ich versuche danach deutlich zu machen, welche Qualifikationen sich für die Beteiligten daraus entwickeln können.

Im weiteren versuche ich zu beschreiben, wie wir uns dem Thema Nachhaltigkeit über die Vernetzung im Stadtteil nähern.

Und schließlich thematisiere ich einige Fragestellungen, an denen wir nach meiner Auffassung gemeinsam arbeiten müssen.

Die Initiative Julia e.V. ist ein kleiner Kölner Verein, der seit 1994 besteht. Julia bedeutet: Junges Leben im Alter. Entstanden ist er aus der Initiative der Projektgruppe Gesundheit im Alter, dem damaligen Kölner Gesundheitsforum. Hier hatte ich die Altenplanung mit Betroffenen und Profis aus dem Gesundheitsbereich und der Altenarbeit unter Schwerpunktthemen diskutiert. Entscheidend wurde das Thema Wohnen und gesellschaftliche Integration. Nach Meinung der Gruppe kann sich diese nur entwickeln, wenn Jung und Alt miteinander einen sinnvollen Dialog führen. Deshalb also ein generationsverbindender Arbeitsansatz.

Wir sprechen nicht den offenen Rassismus an, wie er sich bei rechts-extremen Gruppen zeigt, sondern dem latenten und unbewussten Rassismus und den gibt es in Köln genauso wie anderswo.

Biographiearbeit ist nicht nur eine Methode, Zeitgeschichtliches aus dem Alltag aufzuarbeiten und den jüngeren Generationen zu vermitteln – sie ist auch eine anerkannte Pflegemethode.

Wir haben uns sehr gefreut, dass unsere kleine Initiative mit dem generationsverbindenden Wettbewerb in die Xenosförderung aufgenommen wurde. Wir stellen allerdings fest, dass es oft nicht einfach ist, die Anerkennung und Unterstützung unter all den bekannten großen Trägern und Wohlfahrtsverbänden in der Stadt Köln zu erhalten. Das ist vielleicht in einer kleinen Stadt einfacher. Es ist ein langer und steiniger Weg.

Das Projekt

Es ist ein Wettbewerb, weil darin die Arbeitsphasen eingegrenzt und zeitlich definiert werden können. Es kommt weniger auf materielle Gewinne an, als auf die Möglichkeit, die Ergebnisse zu präsentieren.

Im Projekt befragen Jugendliche in ihrem persönlichen Umfeld Eltern, Großeltern, Verwandte oder Bekannte nach ihren Erfahrungen aus Kindheit und Jugend. Das, was sie erfahren haben, setzen sie kreativ und multimedial um. Die Vorgehensweise hat eine Reihe von Aspekten:

- die Jugendlichen können einzeln oder in Gruppen zusammenarbeiten, sie lernen dabei Arbeitsplanung und Arbeitsorganisation, verbindliche Absprachen und Kontrolle, Methoden der Recherche, der Interviewtechniken, des Respektes und eine Reihe von weiteren Fähigkeiten, die im beruflichen Leben wichtig werden, Schlüsselqualifikationen.
- Sie lernen darüber hinaus konkrete Alltagsgeschichte, sie gehen aus dem Schulzimmer in reale Lebenssituationen.
- Bei der Umsetzung können Jugendliche kreative Fähigkeiten entwickeln. Es gibt ein vorzeigbares Ergebnis.
- In der Präsentationsphase können die Jugendlichen ihren Erfolg erleben, ihr Selbstbewusstsein stärken und Kontakte vertiefen.

- Wir bieten in den jeweiligen Phasen unterstützende Begleitseminare an, in Schulen oder vorzugsweise an anderen Orten.
- Jugendliche schaffen sich persönliche Kontakte in Lebenszusammenhängen von Einheimischen und Zugewanderten.
- Alle genannten Aspekte tragen zur Persönlichkeitsfindung und Entfaltung bei. Jugendliche lernen aus Zuwendung und Empathie.
- Ältere, die bisher über ihre Kindheits- und Jugenderfahrungen geschwiegen haben, werden sich eher einem Jugendlichen gegenüber offen zeigen, als gegenüber einem professionellen Interviewer.
- Es findet Begegnung zwischen Generationen und Nationalitäten statt, gegenseitige Informationen führen zum Abbau von Vorurteilen.

Kurz gesagt, unsere Arbeitsinhalte sind denen sehr ähnlich, die ich aus anderen Projekten kenne, der Unterschied liegt in der Arbeit am konkreten Thema und soll sich vor Ort entwickeln und vernetzen.

Wir gehen in die Schulen und erschließen die interkulturelle Kompetenz über das konkrete Thema.

Für die Durchführung der einzelnen Projektphasen sind wir auf die Unterstützung der Pädagogen und Lehrer in Schulen und Einrichtungen angewiesen. Nur sie können die Thematik in den Unterricht kontinuierlich einschleusen. Daher bieten wir eine Reihe von Begleitseminaren an.

Wie sieht es mit der Bereitschaft von Schulen und Lehrern aus?

Wie auch die anderen Projekte, die wir kennen und mit denen wir die Arbeit diskutieren sehen wir hier eine Reihe von Problemen.

- Selbst interessierte Lehrer sehen sich nach Pisa mit ständig neuen Richtlinien konfrontiert, die viel Zeit und Konferenzen kosten und neue bürokratische Hürden mit sich bringen. Lehrer sind zutiefst frustriert, weil sie ihrem pädagogischen Auftrag nicht gerecht werden.
- Lehrer haben Vorurteile, nach ihren Klischeevorstellungen gestalten sie die Förderung von „Problemkindern“ wie oben dargestellt – Defizitdenken

- Wir vergessen immer wieder, dass Lehrer an unseren Schulen keinen pädagogischen Auftrag sehen, sondern Fachunterricht erteilen
- Lehrer übersehen leicht, dass Eltern genau so wenig Einfluss auf die Kinder haben wie sie selbst, weil längst Werbung und Fernsehen eine dominante Rolle einnehmen
- Lehrer erwarten zwar Disziplin der Jugendlichen, machen jedoch nach wie vor frontalen Unterricht, der modernen pädagogischen Konzepten nicht entspricht
- Lehrer holen sich gerne Hilfe von außen, aber häppchenweise ohne Kontinuität.

Die Liste lässt sich fortsetzen.

Was macht unser Projekt modellhaft

Das Xenos-Programm richtet sich an Jugendliche in der Berufsvorbereitung und Ausbildung. Es folgt dabei der grundsätzlich richtigen Überlegung, dass es für die Arbeitsplatzgestaltung der Zukunft in Zeiten der Globalisierung außerordentlich wichtig ist, dass sich die Zusammenarbeit zwischen allen Nationalitäten reibungslos in den Alltag einfügt. In unserer Arbeit stellen wir jedoch immer wieder fest, dass Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit in den Köpfen der Erwachsenen, der Eltern und Großeltern verhaftet ist und an die Kinder in sehr frühem Alter weiter gegeben wird.

Es ist also nicht damit zu rechnen, dass das Problem ausstirbt, wenn die Generation der Älteren nicht mehr da ist.

Entscheidend ist vor allem auch, dass viele der Vorurteile sich nicht auf der Ebene des Bewusstseins abspielen, sondern unbewusst weiter getragen werden. Vorurteile gegenüber Fremden äußern sich keineswegs nur in Ablehnung, sondern vielfach im Helfer- und Unterstützersyndrom, das wir aus vielen Bereichen der sozialen Arbeit kennen. Sie manifestiert sich ebenfalls in der geplanten Gesetzgebung – wenn sie denn in nächster Zeit einmal realisiert werden sollte. Sie basiert auf dem Mehrheitsdenken und beschreibt den Begriff der Toleranz als Duldung, das System der Unterstützung unter dem Motto „wir wissen schon, was für die Ausländer gut

und richtig ist und wir müssen nur dafür sorgen, dass sie es selbst erkennen und auch annehmen“.

Das Antidiskriminierungszentrum IDA – bitte entschuldigen Sie die verkürzte Namensgebung – hat dafür einige sehr gute und griffige Formulierungen gefunden.

Bitte verzeihen Sie mir, wenn alles das vielleicht ein wenig zynisch klingt, aber wir begegnen jeden Tag solchen vermeintlich wohlwollenden Äußerungen.

Generationsverbindend ist eine Wortprägung meines Mitarbeiters Herrn Dr. Harder, die mir besser gefällt als das allgemein übliche generationsübergreifend.

Nachhaltigkeit

Unser Projekt fördert Strukturen, die sich im Umfeld von Schulen und Organisationen im Stadtteil selbst entwickeln lassen. Wir setzen ganz bewusst darauf, dass nicht wir die Strukturen vor Ort an einen Tisch bringen, sondern versuchen die Gesprächspartner vor Ort dazu zu bringen, dass sie sich vernetzen. Hierzu kann das konkrete Thema des Wettbewerbs genutzt werden, aber ebenso die damit im Zusammenhang erforderlichen selbstständigen Schritte der Beteiligten. Die einzelnen Wettbewerbsphasen erfordern von den Beteiligten immer wieder das Einbeziehen weiterer Gruppierungen. Die Vorgehensweise ist zunächst nicht so spektakulär wie die Veranstaltungsorganisation, die wir mit unseren Erfahrungen einbringen könnten, doch ist sie da, wo sie sich entwickelt, dauerhaft. Sie setzt sich fort, auch wenn unser Projekt nicht mehr in dieser Form besteht.

Das nennen wir Nachhaltigkeit.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal auf Hägar den Schrecklichen kommen. Wir haben den Abgrund gesehen und wir möchten, dass beide den Schritt nach vorne tun. Also müssen wir Brücken bauen. Vielleicht hilft anfangs auch ein kleiner Steg, aber anfangen müssen wir.

Ich danke Ihnen.

„Ansätze und Methoden gegen Fremdenfeindlichkeit“

Dr. Klaus-Peter Hufer
Fachbereichsleiter der VHS Viersen,
Privatdozent an der Universität Duisburg-Essen

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Ein Professor saß eines Tages in der Straßenbahn. Da wurde er Zeuge eines Gesprächs zwischen zwei Frauen, die sich laut und abfällig über „Ausländer“ äußerten. Die übrigen Mitfahrenden schwiegen. Der Professor, ein bekannter und bedeutender Rechtsextremismusforscher, fühlte sich herausgefordert zu intervenieren. Doch obwohl er alle gängigen Theorien zur Fremdenfeindlichkeit kennt und die Vorstellung von einer alltags- und handlungsorientierten politischen Bildung hat, blieb er stumm. Ihm fiel keine passende Reaktion ein. Dann hielt die Straßenbahn. Beim Herausgehen sagte der Professor spontan zu den beiden Frauen: „Sie haben einen Preis gewonnen.“ „Warum?“, fragten sie. „Sie haben den Preis dafür gewonnen, weil sie zwischen nur zwei Haltestellen so viel Blödsinn sagen konnten.“ In der Straßenbahn setzte heftiger Beifall der bis dahin schweigenden Reisenden ein. Der Professor ging zufrieden und bestätigt von dannen.

Diese Geschichte – sie ist wahr – zeigt zweierlei:

Erstens wird erkennbar, dass das Gefühl, nicht angemessen reagieren zu können in einer Situation, die dazu herausfordert, jeden befällt – auch den Experten, den ausgewiesenen Wissenschaftler und Kenner der Szene. Zweitens belegt die Anekdote, das (fast) jede Reaktion besser ist als keine – zumindest stärkt sie das Selbstbewusstsein und bietet den bis dahin Zurückhaltenden eine Möglichkeit zur Unterstützung (in diesem Fall: Beifall).

Jeder/jede kennt diese Situationen: Bei der Familienfeier, im Gespräch am Gartenzaun, an der Ladentheke, im Betrieb, in der Schule oder eben am Stammtisch: Auf einmal kommen die „Sprüche“, hart, kompromisslos und rigide. Man ist dann sprachlos, reaktionsschwach, fühlt sich überumpelt. Und: Die besten Antworten fallen erst später ein ...

Wie kann man lernen, angemessen auf solche Situationen zu reagieren? Das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ hilft, dies zu erfahren, auszutesten, auszuloten.

Es geht dabei nicht um eine vordergründige Schlagfertigkeit. Vielmehr ist es das Ziel, den eigenen Handlungsspielraum zu erfahren und auszuprobieren.

Was Stammtischparolen sind und was an ihnen ärgert

Entstanden ist dieses Training in der Erwachsenenbildung; es hat eine bundesweit beachtete und starke Rezeption gefunden. In zahlreichen Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, in Schulen, Initiativen, Betrieben wird mit diesem Training versucht, Menschen zu unterstützen, couragiert gegen verbale Gewalt, gegen Rassismus, Diskriminierung aktiv zu werden.

Das Seminar wird von den Teilnehmenden selbst gesteuert. Die Kursleitung beschränkt sich darauf, den Prozess der Auseinandersetzung mit den Parolen zu moderieren. Es wird also kein Lernprogramm vermittelt, sondern das, was erlernt wird, wird von der Gruppe selbst erarbeitet. Bedarfswise werden durch die Trainer/Trainerinnen Hintergrundinformationen eingebracht (etwa zur Psychologie der Vorurteile, zur Erklärung von Aggressionen, zum autoritären Charakter oder Sachinformationen zu den diskutierten Themen).

Die „Stammtischparole“ ist bei diesem Training eine Metapher, eine Chiffre, ein Stellvertreterbegriff. Dogmatische und verächtliche Sprüche werden nicht nur in Kneipen geäußert, sie sind Teile des Alltags.

Im ersten Durchgang des Seminars teilen die Teilnehmenden ihre Erfahrungen mit Stammtischparolen mit. Interessant ist die hohe Übereinstimmung, in den zahlreichen bisher durchgeführten Seminaren wurde übereinstimmend festgestellt, dass Stammtischparolen gekennzeichnet sind durch Dogmatik, Selbstgerechtigkeit, Aggressivität, Feindseligkeit, Diffamierungen, Abwertung von Andersdenkenden, Anderslebenden, Andersaussehenden. Es fällt schwer, auf solche zugespitzte kategorische Aussagen mit Vernunft und Informationen zu entgegnen.

Blockaden bei der Konfrontation mit solchen Parolen haben alle, auch sehr gut ausgebildete Menschen.

Den Seminarteilnehmern/innen bereiten entsprechende, im Alltag erlebte Situationen Unbehagen sowie Ohnmacht und emotionale Irritation. Sie fühlen sich herausgefordert, aber auch blockiert (zu den Motiven an der Seminarteilnahme siehe *Kasten 1*).

Kasten 1: Motive zur Teilnahme an den Seminaren:

- „Ich möchte mich besser informieren.“
- „Ich fühle mich in einigen Situationen zu dumm.“
- „Mir gehen bei einer politischen Diskussion oft die Gefühle durch, dadurch schade ich mir und meinem Standpunkt.“
- Ich muss mich manchmal zurückhalten, weil ansonsten der Streit da ist – aber muss ich das wirklich?“
- „Ich möchte die Technik des Diskutierens lernen.“
- „Ich fühle mich nach solchen Diskussionen oft zerknirscht und zweifle völlig an mir.“
- „Ich habe Freunde, die sind z. B. für die Todesstrafe. Das finde ich ganz schlimm, aber ich mag meine Freunde trotzdem. Wie kann ich diesen Konflikt aushalten?“
- „Ich möchte politisch aktiv werden.“
- „Ich möchte nicht nur tatenlos und sprachlos dabei sein, wenn schlimme Äußerungen kommen.“
- „Ich möchte lernen, verhärtete Fronten aufzulösen.“
- „Ich möchte meine Position so vertreten können, dass ich sie durchhalte, ohne andere dabei zu verletzen.“
- „Ich möchte mich engagieren gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.“

Nach der Motivdarstellung werden in einem Brainstorming dann Parolen gesammelt. Dabei gibt es „Dauerbrenner“, die immer wieder genannt werden, unabhängig vom Ort des Seminars und der Zusammensetzung der Gruppe. Es gibt einen „harten Kern“ von Parolen, dabei besteht – von

kleinen sprachlichen Varianten einmal abgesehen – zu 80% Deckungsgleichheit. Es geht im Wesentlichen um Asylpolitik, Ausländerpolitik, Sozialpolitik, Relativierung des Nationalsozialismus. Sexismus, Illiberalität (siehe Kasten 2).

Kasten 2: Besonders häufig genannte Stammtischparolen

- Wir haben viel zu laue Strafgesetze.
- Ein bisschen Diktatur schadet nichts.
- Wir brauchten wieder einen kleinen Hitler.
- Wenn Hitler den Krieg nicht begonnen hätte, wäre der Nationalsozialismus gar nicht so schlimm gewesen.
- In der Zeit des Nationalsozialismus konnte man wenigstens noch ohne Angst und ohne Probleme nachts über die Straßen gehen.
- Wir brauchen wieder die Todesstrafe.
- Irgendwann muss Schluss sein mit unserer Geschichte.
- Das Boot ist voll.
- Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.
- Ausländer überfremden uns/wollen sich nicht integrieren lassen.
- Ausländer kommen rein und zehn Kinder hinterher.
- Ausländer sind kriminell.
- Die weitaus meisten Asylanten kommen nur aus wirtschaftlichen Gründen zu uns.
- Die Menschen in den Entwicklungsländern sind nur zu faul, um das zu leisten, was wir geschafft haben.

- ▶ Der Neger kommt her, ruft Asyl, und schon stellen wir ihm den Mercedes vor die Tür.
- ▶ Neger sind Dealer.
- ▶ Wir können die Probleme der Welt nicht hier in Deutschland lösen.
- ▶ Wir sind die Zahlmeister Europas.
- ▶ Die meisten Arbeitslosen sind im Grunde nur zu faul, denn wer Arbeit will, bekommt sie auch.
- ▶ Politiker verdienen sich nur durch Dummquatschen Geld.
- ▶ Es muss viel härter durchgegriffen werden.
- ▶ Frau am Steuer Ungeheuer. (Frau am Steuer: Blut am Gemäuer.)
- ▶ Der Staat ist der größte Steuerverschwender.
- ▶ Wir brauchen wieder einen starken Mann.
- ▶ Deutsche Soldaten sind immer anständig gewesen.
- ▶ Die Juden machen das große Geld.
- ▶ Schwule sind pervers.

Die Rollenspiele

Den Mittelpunkt des Trainings bilden Rollenspiele zu den Parolen, die die Teilnehmenden am meisten provozieren, ärgern oder ratlos machen. Am häufigsten werden dabei ausländerfeindliche Sprüche gewählt, z. B. „Wir haben zu viele Ausländer hier.“

Der Verlauf der Spiele ist stets derselbe und immer eindeutig: absolute Dominanz, Lust und wechselseitige Unterstützung bei den Parolenvertretern. Die Parolengegner geraten schnell in die Defensive, werden passiv, sitzen beziehungslos nebeneinander, schweigen oft, werden unterbrochen.

Die Parolenvertreter springen im Thema, von Parole zu Parole, nehmen keine Informationen an, ein Gespräch mit dem Bedürfnis, Argumente auszutauschen, findet nicht statt.

Die nachträgliche Reflexion über das Rollenspiel verläuft in der Regel recht intensiv, und die ersten „Aha-Erlebnisse“ werden deutlich, z. B. dass es den Protagonisten der Parolen wesentlich leichter gefallen ist, ihren Part „erfolgreich“ zu spielen als denjenigen, die Einwände und Bedenken vortragen. Immer wieder wird betont, wie lebensecht und authentisch diese Spiele sind.

Die Wirkung von Vorurteilen

Bei der Erklärung für die Massivität der Pro-Position der Parolenverkünder wird zentral über die Bedeutung und Wirkung von Vorurteilen nachgedacht: Vor einem Urteil ist bereits ein Vor-Urteil vorhanden. Dieses Vorurteil wird nicht reflektiert, es dient als Orientierungshilfe für den Alltag. „Ohne die Maschinerie der Vorurteile“, so hat es Max Horkheimer einmal formuliert, „könnte einer nicht über die Straße gehen, geschweige denn einen Kunden bedienen. Nur muss er imstande sein, die Generalisierung einzuschränken, wenn er nicht unter die Räder kommen will.“ Vorurteile bieten diverse psychische und soziale Vorteile (siehe *Kasten 3*). Die Gefahren eines Vorurteils liegt aber darin, dass es schnell umschlagen kann in Feindseligkeit, Fundamentalismus und Hass.

Kasten 3: Die Vorteile von Vorurteilen

Vorurteile haben für den einzelnen die Bedeutung, seine Psyche zu stabilisieren, indem sie

- der Orientierung in unübersichtlichen Situationen dienen und
- Verhaltenssicherheit ermöglichen.

Vorurteile sind ein willkommener Stoff, um soziale Gruppen zusammenzuhalten, indem sie

- der Gruppenbildung und -zugehörigkeit nützen und
- Aggressionsverschiebung auf Fremdgruppen erlauben.

Vorurteile stabilisieren auch die Gesellschaft/ein politisches System, indem sie

- Herrschaftsausübung rechtfertigen und Macht erhalten und
- an der Herrschaftsstabilisierung durch die Bereitstellung von „Sündenböcken“ und Feindbildern mitwirken.

Wesentliches Kennzeichen der Stammtischparolen ist ihre Verhaftung in Vorurteilen. Stammtischparolen sind artikulierte Vorurteile. Reflexion kann ein Weg sein, das „Brett vor dem Kopf“, das ein Vorurteil auch darstellt, beiseite zu schieben. Aufklärung, Information, Begegnung und neue Erfahrungen können Vorurteile erschüttern und auflösen.

„Vorurteile sind bequemes Nicht-denken-Müssen und Nicht-denken-Wollen in unbequemer Lage und Zeit, immun gegenüber Tatsachen und Argumente. ... Vorurteile sind so stabil, weil sie im 'psychischen Haushalt' des Einzelnen eine wichtige Rolle spielen.“ (Klaus Ahlheim)

Entlastend ist die Erkenntnis der psychologischen Struktur und Wirkung von Vorurteilen sowie der Gespräche mit Personen, die ausgeprägte Vorurteile haben. Plausibel wird so, dass diese sich abschotten und – zunächst – nicht überzeugen lassen.

Mit der Erkenntnis dieser „objektiven“ Faktoren werden jedoch individuelle „Selbstbeschuldigungen“ aufgehoben (Ich weiß nichts, ich bin nicht in der Lage, ich kann nichts ...). Das wirkt für die Seminarteilnehmer/innen sehr entlastend, da es sie von Zuweisungen eines persönlichen Versagens befreit.

Hinter den Stammtischparolen stehen vorurteilsbehaftete Weltdeutungen, aggressive Verhaltensweisen und Potentiale sowie die autoritären Charaktermerkmale ihrer Verkünder/Verkünderinnen.

Stammtischparolen sind nicht nur individuelle verbale und emotionale Ausfälle. Sie sind auch politisch und gesellschaftlich problematisch/ und gefährlich. Denn erstens ist es nicht unbedingt ein Beleg für die demokratische Kultur einer Gesellschaft, wenn in ihren Nischen dumpfe Ressentiments geäußert werden.

Zweitens sind die Parolen einerseits Gespräche und Deutungsversuche einzelner, um ihren Alltag bewältigen zu können, doch sie sind andererseits auch die Substanz für menschenverachtende politische Ideologien

Und drittens schließlich können die Parolen demagogisch aufgeladen und politisch genutzt werden.

Stammtischparolen sind tendenziell im Vor- und Umfeld von rechten bis rechtsextremen Ideologien. Die Nähe zeigt sich bei der Fremdenfeindlichkeit.

Gegenstrategien

Was ist zu tun? Welcher Umgang ist zu empfehlen? Von den Teilnehmenden wird im Laufe der Rollenspiele – idealerweise sollten es in einem Training drei sein – ein Katalog von Verhaltensweisen und Gegenstrategien erstellt. Dieser ist – auch nach vielen Seminaren – im Kern stets gleich und beinhaltet. Für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind die selbst entwickelten Empfehlungen hilfreich für den zukünftigen Alltag, denn die Konfrontation mit der nächsten Parole kommt bestimmt (*siehe Kasten 4*).

Kasten 4: Empfehlungen für den Umgang mit Stammtischparolen

- **Einsicht in die eigene Situation:** In der Konfrontation mit Stammtischparolen ist immer der/die in der Defensive, der/die sich davon abgrenzen will.
- **Es ist ausgesprochen schwierig, Gegenargumente zu vertreten,** denn: a) im Gegensatz zu den zugespitzten Schlagworten und Parolen sind die dahinter stehenden Themen umfangreich, komplex und differenziert, b) auf Parolen gibt es so gut wie keine Gegenparolen.
- **Die Ebenen sind gegensätzlich:** Emotionalität vs. Rationalität, Schlagwortartigkeit vs. Komplexität.
- **Logik und direktes Nachfragen** können wirkungsvolle Gegenstrategien sein.
- **Zu bezweifeln ist die Überzeugungskraft von richtigen Informationen,** denn aufgrund der kognitiven Dissonanz, die sie erzeugen, werden sie nicht wahrgenommen, sondern einfach „umgedreht“ und passend gemacht.

- ▶ Belehrung schafft Abwehr.
- ▶ Pathetisch oder moralisierend vorgetragene Gegenpositionen provozieren Abwehr.
- ▶ Humor entspannt; ohne billig zu sein, kann der eine oder andere heitere Akzent (ein passender Witz, eine Portion Selbstironie) das Klima mildern.
- ▶ Im Gespräch sollten die Lebensumstände der Kontrahenten mit berücksichtigt und beachtet werden. Vieles erklärt sich daraus, mancher Schaden kann vermieden werden, wenn man beispielsweise weiß, dass das Problem den anderen gerade direkt und unmittelbar betrifft.
- ▶ Jede Form von Überheblichkeit muss vermieden werden.
- ▶ Beim Gespräch sollte immer nur eine Argumentationslinie bzw. eine Bewertungsebene durchgespielt werden, dann eine andere.
- ▶ Leise reden ist oft wirkungsvoller als der Versuch, andere mit Lautstärke zu übertönen. Denn die Aufmerksamkeit kann größer werden, wenn man die Stimme senkt oder sich um einen ruhigen Tonfall bemüht.
- ▶ Die Körpersprache spielt eine wichtige Rolle, z. B: Wer sich nach vorne beugt, macht sich entweder klein, oder er/sie will den Gegenübersitzenden „herüberziehen“. Wer die Arme verschränkt, hat möglicherweise Angst, blockiert, wehrt ab, lässt nichts an sich heran. Wer sich weit nach hinten lehnt und die Beine ausstreckt, signalisiert Überlegenheit. Die Hand auf dem Arm eines anderen zeigt Zusammengehörigkeitsgefühl etc. Sie kann auch ein Hinweis darauf sein, dass man versucht jemanden für sich einzunehmen.
- ▶ Wichtig ist es, auf Kooperationspartner zu achten, denn erstens braucht man sie selbst und zweitens unterstreicht es die eigene Überzeugungsmöglichkeit. Einen potentiellen, aber sich schweigend verhaltenden Kooperationspartner kann man durchaus ansprechen, um ihn einzubinden („Was meinst Du dazu?“, „Hattest Du nicht damals auch ... ?“)

- Entscheidender als der Widersacher sind die mit anwesenden Unentschiedenen und Indifferenten – sie können eher überzeugt werden.
- Gegenfragen stellen.
- Persönliche Fragen stellen.
- Persönliche Erfahrungen einbringen bzw. nachfragen.
- Nicht reagieren, sondern agieren.
- Taktik verdeutlichen.
- Gesprächsregeln aufstellen.
- Beziehung aufnehmen.
- Auf Differenzierung drängen, pauschale Zuordnungen nicht zulassen.
- Unmut äußern.

Eine beliebte Strategie ist auch, Ironie auszuprobieren. Hier ist es wichtig, die Grenze zum Zynismus zu beachten. So antwortete in einem Spiel ein Teilnehmer auf die Bemerkung „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“: „Ich wusste gar nicht, dass du früher einmal eine Döner-Bude hattest.“

Und wichtig ist eine grundsätzliche Anmerkung: Hoffnungsvoll und perspektivreich ist die längerfristige Wirkung, die eine authentisch wirkende und entschieden auftretende Person auslösen kann. Gerade Menschen mit autoritären Neigungen kann das beeindrucken. Ein Gespräch ist nie mit dessen vermeintlichem Schluss beendet, seine Wirkung geht meistens weit darüber hinaus. Manchmal wird ein Gespräch, wird eine Begegnung oder Konfrontation mit einer Person wieder re-aktualisiert und in Zusammenhang mit einer neuen Situation gebracht. Dann kann es zu einem bisher nicht bekannten Aha-Erlebnis kommen. Insofern gibt es für diejenigen, die die Wirkung ihrer Gespräche und ihrer Auftritte für unbedeutend halten, immer noch – ein gut begründetes – Prinzip Hoffnung.

Eine Seminarteilnehmerin, eine ältere Hausfrau, sagte beim Abschluss: „In diesem Training habe ich gelernt, dass es auch dann einen Sinn hat, einen Standpunkt zu vertreten, wenn die Antworten nicht gleich wie aus der Pistole geschossen kommen. Außerdem bin ich froh, erlebt zu haben, dass es anderen genauso geht wie mir. Ich habe mir für die Zukunft vorgenommen, weiterhin meine Meinung zu vertreten, auch wenn ich mit ihr alleine stehe.

Literatur:

Klaus-Peter Hufer. Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen zum Selbstlernen, 5. Aufl., Schwalbach 2002 (1. Aufl. 2000)

„Theorie und Praxis von Vernetzung und Kooperation“

Dr. Reiner Schiller-Dickhut,
Bündnis für Demokratie und Toleranz, Berlin

Mir obliegt heute der Part, Ihnen einführend einige theoretische Überlegungen über Vernetzung zu präsentieren. Nun, Netzwerk und Vernetzung sind sehr häufig gebrauchte und schillernde Begriffe. Am Tagungsort Köln kommt man nicht umhin, an den Köl'schen Klüngel zu denken. Über Kreise, die dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil dienen, wollen wir heute sicherlich nicht reden. Beim Thema der Tagung denkt man natürlich unwillkürlich auch an rechtsextreme Netzwerke. Häufig gebraucht wird der Begriff Netzwerke auch im Wirtschaftsleben, wenn etwa von Firmennetzwerken die Rede ist, oder im politischen Leben, wenn sich Gleichgesinnte innerhalb einer Partei locker zusammenschließen, oder bei Verbindungen zwischen wichtigen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Unternehmensberatung.

Wir müssen also etwas Ordnung ins Wirrwarr bringen, um den Begriff Netzwerk für die eigene Praxis handhabbar und nützlich zu machen und sich auch vor falschen Erwartungen zu schützen. In der Arbeitsgruppe heute geht es ausschließlich um Netzwerke in der Zivilgesellschaft. Meine Einführung gliedert sich in vier Bereiche:

Erstens werde ich den Begriff Netzwerk definieren, zweitens werde ich auf ein besonderes Beispiel eines freiwilligen, lernenden Netzwerks eingehen, als drittes werde ich Ihnen das Bündnis für Demokratie und Toleranz als Netzwerk zwischen Institutionen und Initiativen präsentieren und zum Schluß werde ich in unserem Themenfeld Erfolgsbedingungen von Vernetzung nennen sowie die Formen von Netzwerken gliedern; in der Diskussion können wir dann Kooperationsmöglichkeiten von Projekten in den Förderprogrammen XENOS und entimon überlegen.

I. Begriffliche Grundlagen

Grundlagen erfolgreicher Vernetzung in der Zivilgesellschaft

Netzwerke entsprechen offenbar in besonderer Weise modernen Organisationserfordernissen. In unserer hochdifferenzierten Gesellschaft, die sich ständig und immer schneller verändert, erscheint es weniger sinnvoll, sich auf starre, organisatorische Großstrukturen festzulegen. Effizienter erscheint es für die Gruppen und Einzelpersonen, sich nur lose zu binden und von Fall zu Fall das am besten passende Netzwerk zu wählen. Geeignet ist die folgende Definition:

„Netzwerke sind in der Regel informelle Sozialformen, in denen sich die unterschiedlichsten Gruppen, Einrichtungen und Personen zueinander in Beziehung setzen können, ohne ihre jeweilige Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Sie sind deshalb besonders geeignet für Formen der Zusammenarbeit, die über traditionelle bürokratische, politische oder kulturelle Grenzen hinausgehen. Sie beruhen auf der Bereitschaft ihrer Mitglieder, sich bei Bedarf die jeweiligen Fähigkeiten und Kenntnisse gegenseitig zur Verfügung zu stellen.“ (Karl Birkhölzer)

Bi- und multidirektional

Vernetzung kann grundsätzlich entweder bi- oder multidirektional erfolgen.

Beide Formen kommen in der Bürgergesellschaft vor. Im ersten Fall sucht sich eine Organisation, die in unterschiedlichen Themenbereichen tätig ist, jeweils spezifische Partner, mit denen sie ein Ziel in dem Handlungsfeld gemeinsam anstreben will. Die Wahl der Partner-Organisationen erfolgt dabei ganz unabhängig davon, ob diese ihrerseits untereinander vernetzt sind.

Der zweite Fall, die multidirektionale Vernetzung, wirkt auf den ersten Blick etwas chaotisch, bedeutet aber, daß alle Beteiligten eines Netzwerks gleichberechtigt miteinander in Kontakt und Verbindung stehen. In den meisten der vorgestellten Netzwerken der Zivilgesellschaft dürfte dies der Fall sein, wobei die Intensität der Beziehungen zwischen den einzelnen Gruppen sicherlich variieren kann.

Wann Vernetzung Sinn macht

Netzwerke sind kein Selbstzweck und weder ein Patentrezept noch ein Zaubermittel.

Sie machen Sinn:

- bei gemeinsamen Zielen, die so besser erreicht werden können,
- zur Bündelung von Ressourcen,
- zur Abstimmung von Arbeitsschwerpunkten (Arbeitsteilung),
- zum Informations- und Erfahrungsaustausch,
- zur gemeinsamen Vertretung gemeinsamer Interessen,

- für bessere Resonanz in der Öffentlichkeit,
- zur Entwicklung neuer Lösungskonzepte.

Erfolgsbedingungen

Netzwerke sind auch keine Selbstläufer. Auch ihr Erfolg ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. Für erfolgreiche Netzwerkarbeit von NGO's und Initiativgruppen werden folgende Bedingungen genannt:

- Freiwilligkeit der Mitwirkung und das Recht, jederzeit wieder aussteigen zu können,
- Autonomie der beteiligten Gruppen,
- Respektierung von Unterschieden,
- gegenseitiges Vertrauen und Offenheit,
- Wechselseitigkeit von Leistungen,
- Bereitschaft, Zeit und Aufwand zu investieren,
- Festlegung konkreter Vereinbarungen,
- Verbindlichkeit von Absprachen,
- Erfolgskriterien und Evaluation,
- förderliche Rahmenbedingungen,
- Anerkennung in der Öffentlichkeit.

Gründe für Mißerfolge

Netzwerke sind zumeist nicht erfolgreich

- bei großen inhaltlichen Differenzen,
- wenn sie ein zu großes Themenspektrum abdecken,
- wenn sie bürokratisch sind,
- wenn sie von einzelnen auf Kosten anderer ausgenutzt werden,
- wenn einzelne Mitglieder zu dominant sind,
- bei interner Konkurrenz,
- wenn sie sich von neuen Entwicklungen abschließen.

Gratwanderung

Netzwerkarbeit ist eine Gratwanderung zwischen bewußt gewolltem, informellem Charakter und notwendiger Regelmäßigkeit und Verbindlich-

keit des Austausches. Es empfiehlt sich im Hinblick auf die Situation und die Anforderungen eine zweckmäßige Lösung zu wählen.

II. Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ als ein Beispiel für ein lernendes Netzwerk

Im Rahmen der Modernisierung der Kommunen, insbesondere in der Verwaltungsreform gab es das Beispiel eines Netzwerkes „Kommunen der Zukunft“. Dieses ist ein gutes Beispiel für ein Netzwerk, wie die eigenen Ressourcen der beteiligten Partner für das Suchen von Lösungen und auch für deren Umsetzung ausgeschöpft werden können.

Dieses Netzwerk hatte den – nicht immer gegebenen Vorteil, von verschiedenen Organisationen finanziell und v.a. durch Know How unterstützt zu werden.

Nämlich von KGSt, Bertelsmann Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, der ÖTV und dem kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen.

Die **Träger** wollten damit der kommunalen Reformbewegung in Deutschland neue Impulse verleihen, den Erfahrungsaustausch zwischen Reformkommunen intensivieren und gegenseitige Hilfen und Lernerfahrungen ermöglichen.

Grundintention des Netzwerkes war es, die **Eigeninitiative** der rund 75 beteiligten Kommunen zu fördern, sie zur Selbststeuerung und -organisation zu befähigen (Empowerment). Diese „Hilfe zur Selbsthilfe“ basiert auf der **Erfahrung, daß Netzwerkarbeit eine Form ausgesprochen effizienten Lernens ist.**

Bei der Konzeption des Netzwerkes „Kommunen der Zukunft“ wurde von Anfang an darauf geachtet, Strukturen aufzubauen, die sicherstellen, daß die **Verantwortung** in der Hand der Netzwerkkommunen verbleibt. Alle relevanten Fragen werden von den drei Projektträgern gemeinsam mit den federführenden Kommunen entschieden. Organisatorisch gliedert sich das Netzwerk in 15 sogenannte **Netzwerkknoten**, die entlang von Leitkriterien aktuell vordringliche Fragen des Reformmanagements, der Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung und der bürgerschaftlichen Mitgestaltung praxisorientiert bearbeiten und **tragfähigen Lösungen** zuführen. Dabei werden die Arbeitsgruppen bei der konkreten Projektarbeit von Beratern der Trägerinstitutionen, Vertretern der Kooperationspartner und der Wissenschaft unterstützt. Die Kommunen erhalten

von den Netzwerkträgern den notwendigen **Rahmen** und die Unterstützung, um in selbstorganisierter Form innovative Projekte nicht nur konzeptionell voranzubringen, sondern auch umzusetzen. Dabei geht es nicht nur um einzelne innovative Lösungen vor Ort, sondern auch um einen generellen Transfer der Problemlösungsmöglichkeiten in die kommunale Reformlandschaft.

In unserem Arbeitsgebiet entsprechen die Facharbeitskreise beim XENOS-Programm in ihrem Typus am ehesten dem geschilderten lernenden Netzwerk „Kommunen der Zukunft“.

III. Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ als ein Netzwerk zwischen Institutionen und Initiativen

Ich möchte Ihnen zunächst das Bündnis vorstellen und im zweiten Schritt auf unseren Beitrag zur Netzwerkbildung eingehen.

Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ist eine Ebene im Rahmen einer Vier Säulen-Strategie.

„Vier Säulen-Strategie“

Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt benötigt erstens eine professionelle Prävention, dazu zweitens Repression – dies allein schon der Opfer wegen – und drittens wirkliche Integrationsbemühungen. Unterlassene Integration bringt nicht nur zahlreiche Folgeprobleme mit sich, etwa in der Wohnungs- und Bildungspolitik, sie erleichtert es auch immer wieder, eine Spaltung in „wir“ und „die anderen“ zu reproduzieren. Damit wird der Nährboden für Ressentiments erzeugt beziehungsweise erhalten.

Daneben ist ein zivilgesellschaftliches Engagement mit unterstützenden Strukturen notwendig. Und genau hier kommt das Bündnis für Demokratie und Toleranz „ins Spiel“. Das Bündnis wurde vor knapp drei Jahren vom Bundesinnenministerium (BMI) und dem Bundesjustizministerium (BMJ) gegründet, um die gesellschaftlichen Kräfte gegen Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt zu bündeln und die Grund- und Menschenrechte zu stärken. Unser wesentliches Arbeitsgebiet ist der Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus, wir widmen uns aber außerdem auch der Gewaltprävention und erarbeiten präventive Maßnahmen gegen Diskriminierung.

Die Geschäftsstelle ist im Geschäftsbereich des Innenministeriums angesiedelt. Das Bündnis wird von einem unabhängigen Beirat gesteuert. In diesem Beirat arbeiten Abgeordnete aus allen Bundestagsfraktionen sowie Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und sozialen Organisationen mit, die sich durch spezifische Fachkenntnisse und Engagement zum Thema profiliert haben.

Das Bündnis und seine Partner

Das Bündnis wird sowohl von großen gesellschaftlichen Vereinigungen, den Kirchen, den Gewerkschaften und großen Unternehmen, als auch von kleinen Initiativen als Koordinationsstelle und als Impulsgeber anerkannt. Dem Bündnis sind inzwischen fast 1.000 Gruppierungen verschiedenster Art angeschlossen, darunter Schulklassen, Bildungsträger, kirchliche Organisationen, aber auch Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung. So wird das ganze gesellschaftliche Spektrum, von ganz kleinen, lokalen Initiativen, bis hin zu fest strukturierten, großen Organisationen repräsentiert.

Das Bündnis setzt nicht auf den Aufbau von neuen Strukturen, sondern will vorhandene Aktivitäten und Strukturen nutzen, diese ausbauen, unterstützen und bündeln. Es soll ein modernes Netzwerk zwischen Gruppen, die am selben Thema arbeiten, hergestellt werden. Das Bündnis versteht sich insofern als „Arbeitsnetzwerk“.

Die Enquete-Kommission des Bundestags „Bürgerschaftliches Engagement“ hat eine Reihe allgemeiner Empfehlungen gegeben, wie solches Engagement aussehen soll. Bürgerschaftliches Engagement - so der Bericht der Kommission - benötigt Öffentlichkeit und Interessenvertretung auf den unterschiedlichsten Ebenen. Dafür sind die Bündelung der vorhandenen Ressourcen und die Vernetzung von Akteuren und Organisationen und Institutionen der Bürgergesellschaft wichtig. Ein solcher Aufbau von Netzwerken kann dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich aufzuwerten. Solchen Empfehlungen versucht das Bündnis für Demokratie und Toleranz zu folgen.

Schwerpunkte der Arbeit des Bündnisses

- 1) *Politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit*
- 2) *Förderung und Verbreitung zivilgesellschaftlichen Engagements (Best Practice)*
- 3) *Netzwerk- und Bündnisarbeit*

Zunächst ein kurzer Überblick:

Zu 1):

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz führt zuallererst politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit durch. Es arbeitet, um entsprechende Werte zu vermitteln, mit Sportverbänden zusammen und führt Wettbewerbe durch, vor allem den Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb, der sich an Schüler zwischen 16 und 21 richtet. Dieser Wettbewerb wird in Kooperation mit der Dresdner Bank und ab dem Jahr 2003 mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen organisiert.

In diesen Bereich gehören ebenfalls öffentlichkeitswirksame Foren und unsere alljährliche Festveranstaltung am Verfassungstag in Berlin.

Zu 2):

Außerdem sucht das Bündnis nach erfolgreichen und innovativen zivilgesellschaftlichen Projekten und versucht, diese zu verbreiten. Wir wollen, dass diese „Schule machen“. Dazu führt das Bündnis für Demokratie und Toleranz, inzwischen schon drei Mal, den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ durch. Im Jahr 2003 beteiligten sich 360 Gruppen. Wir suchen nach Formen alltäglichen, ehrenamtlichen Engagements in allen Lebensbereichen und sprechen insbesondere kleine Gruppen an, die normalerweise, allein auf Grund ihrer Größe von finanziellen Förderungen ausgeschlossen sind oder nicht über die Fertigkeiten und Strukturen verfügen, um große Anträge stellen zu können, wie das beispielsweise bei den drei genannten Programmen CIVITAS, XENOS und ENTIMON erforderlich ist. Bei dem Wettbewerb stellt das Bündnis seit 2002 jeweils 200.000 Euro Preisgeld zur Verfügung, das unter circa 90 Gruppen als Preisträger verteilt wurde.

Auf unserer Homepage www.buendnis-toleranz.de haben wir vorbildliche Projekte und Initiativen in einer Datenbank zusammengefasst, damit sich Interessierte nach verschiedenen Kriterien Anregungen für ihre eigene Arbeit holen oder sich mit anderen Gruppen vernetzen können.

Zu 3):

Das Bündnis vernetzt Initiativen und kooperiert mit großen Verbänden im Wirtschafts- und Bildungsbereich. Es lässt sich dabei von zwei Zielen leiten. Wir wollen erstens die Akteure in den jeweiligen gesellschaftlichen

Bereichen zusammenführen und Brücken schlagen. Wir wollen zweitens – beispielsweise durch Veränderung von Ausbildungsinhalten – dabei helfen, im Alltag (nicht nur im Ethik-Unterricht und am Feierabend in der Bürgerinitiative) den gegenseitigen Respekt verschiedener Kulturen und die Integration von Minderheiten von Grund auf zu stärken. In vielen Großunternehmen beispielsweise wird kulturelle Differenz als Chance begriffen – diese Botschaft möchten wir weitertragen und unterstützen deshalb diesbezügliche Betriebsvereinbarungen.

Zum Schwerpunkt Wettbewerb “Aktiv für Demokratie und Toleranz“ und zur Netzwerkbildung

Schwerpunktmäßig möchte ich Ihnen das Konzept unseres Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ und Netzwerkaktivitäten darstellen.

a) Wir sprechen vorwiegend Projekte an, die hauptsächlich ehrenamtlich arbeiten. Dabei sind zwei Formen zu unterscheiden: zum einem solche, die von Organisationen des „dritten Sektors“ (z. B. freie Träger der Sozialarbeit) oder von kommunalen Einrichtungen unterstützt wurden, zum anderen solche, die ganz ohne hauptamtliches Rückgrat auskommen wollen oder müssen.

b) Die Auszeichnung der Preisträger bedeutet eine Förderung und Anerkennung in dreierlei Hinsicht:

- Das Preisgeld stellt eine finanzielle Unterstützung dar bzw. ermöglicht neue Projekte.
- Zweitens ist die Auszeichnung eine wichtige „moralische“ Unterstützung und Aufwertung für lokale Initiativen.
- Drittens öffnen sich durch unsere Auszeichnung neue Türen.

In der schon genannten Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ spricht man hierbei von „Anerkennungskultur“.

c) Der Best Practice-Wettbewerb ist für das „Bündnis“ eins der wichtigsten Instrumente, um das Netzwerk engagierter Gruppen zu stärken. Bewusst haben wir einen Großteil der Preisträger in regionalen Pressegesprächen unter Beteiligung von Beiratsmitgliedern vorgestellt. Neben

der oben erwähnten Rückenstärkung für die Preisträger diene dies dem Ziel, dass sie Kristallisationspunkte auf regionaler oder fachlicher Ebene werden können – sofern sie dies nicht zuvor schon waren.

d) Eine Quintessenz aus dem Wettbewerb und unserer Arbeit überhaupt ist, dass Brücken zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Akteuren geschlagen werden können. Ein einfaches, typisches Beispiel für den Nutzen von Kooperation ist das von uns ausgezeichnete Projekt „Farbe Bekennen“, bei dem auf Initiative eines Berufsschullehrers unter Einwerbung von Sponsorenmitteln aus dem Handwerk Berufsschüler ein kirchlich getragenes Jugendfreizeitheim in einem Stadtteil mit schwieriger sozialer Zusammensetzung renovierten.

Ein anderes Beispiel ist die auch im Wettbewerb ausgezeichnete Evangelische Jugend in Dortmund:

Sie trägt auf regionaler Ebene die Aktion „Schule ohne Rassismus“; sie bündelt lokale Aktivitäten über die Schule hinaus; sie engagiert sich mit anderen Gruppen in der „Erinnerungsarbeit“ und last not least hat sie einen spannenden Austausch mit einer Gruppe aus Frankfurt/Oder aufgebaut, die wiederum Preisträger in unserem Viktor-Klemperer-Wettbewerb waren.

Das Beispiel Sachsen

Die Netzwerkbildung im Sinne der Moderation zwischen Initiativen und Institutionen will ich Ihnen anhand von Aktivitäten in Sachsen schildern, wobei im Mittelpunkt wiederum eine in unserem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2002“ ausgezeichnete Gruppe steht, die „Aktion Zivilcourage Pirna“.

Die „Aktion Zivilcourage Pirna“ gründete sich 1999. Hintergrund waren hohe Wahlergebnisse von Rechtsextremen in der Sächsischen Schweiz und zahlreiche, brutale Übergriffe, die teilweise von Anhängern der inzwischen verbotenen Gruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ verübt wurden. Die Initiative organisierte den ersten „Runden Tisch“, an dem sie mit VertreterInnen von Polizei, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen oder Kirchen das Problem thematisierte und konkrete Handlungsweisen diskutierte. Sie organisierte mit Partnern des Runden Tisches eine Demonstration.

Ein Schwerpunkt der Aktion Zivilcourage ist die Arbeit an den Schulen, einem Haupttätigkeitsfeld der Rechtsextremen. Die Aktiven klären mit dem Projekt „Das sieht verboten aus!“ über rechtsextreme Symbole auf, widerlegen einschlägige, rechtsextreme Parolen mit klaren Fakten und weisen auf Handlungsansätze hin. Opfern rechtsextremer Gewalttaten bietet die Aktion Zivilcourage moralische Unterstützung und Hilfe bei Behördengängen. In enger Kooperation mit dem Büro für freie Kultur- und Jugendarbeit Dresden und dem Netzwerk Sachsen betreut sie einen Jugendclub in der Nähe (Liebstadt), der zuvor von Rechtsextremen dominiert wurde.

Durch die Schaffung von kulturellen Angeboten, wie Lesungen, Theateraufführungen, Konzerten oder Kulturfesten versucht die Initiative der rechtsextremen Szene etwas entgegenzusetzen und ihr die Hauptansatzpunkte für die Nachwuchsrekrutierung zu nehmen. Seit 2001 bietet sie verstärkt Aufklärungsveranstaltungen und Diskussionen an oder organisiert Bildungsfahrten, etwa in die Gedenkstätte Theresienstadt.

Im Zentrum ihres breiten Spektrums von Aktivitäten steht, ein attraktives jugendkulturelles Angebot zu schaffen. Dieses Spektrum von Aktivitäten ist modellhaft für eine lokale Gruppe bzw. Bündnis in einem derartigen Umfeld. Sie ist Triebkraft, um weitere anzuspornen.

Inzwischen sind weitere Ansätze hinzugekommen:

- sie hat alle Bürgermeister des Kreises an einen Runden Tisch geholt,
- sie hat im Projekt „Partner der Straße“ Sozialarbeiter, Polizisten und Jugendrichter zusammengebracht, damit diese das Arbeitsfeld des anderen besser verstehen und besser kooperieren können,
- sie arbeitet mit der Polizei gegen die „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) zusammen.

Am Beispiel Pirna zeigt sich schon eine sehr weitgehende Kooperation. Als Bündnis haben wir in diesem Raum und Sachsen überhaupt versucht, weitere Verbindungen herzustellen. Mit der Landespolizeischule haben wir eine Präventionstagung durchgeführt. Das Kulturbüro Sachsen, eine Organisation, die im Programm „Civitas“ eine sog. „Mobiles Beratungsteam“ trägt, haben wir bei der Durchführung einer weiteren Präventionstagung unterstützt. Diese wurde neben dem Kulturbüro und der

Landespolizeischule von den politischen Stiftungen veranstaltet, die der CDU, der SPD und den Grünen nahestehen. Geprägt war diese Tagung von vielen Formen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Gruppen.

IV. Schluss

Was sind die Voraussetzungen solcher Zusammenarbeit und Erfolge?

- Offenheit bei allen Akteuren aufeinander zu zugehen,
- Anerkennung solcher Gruppen wie der Aktion Zivilcourage Pirna durch Einrichtungen wie dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“, die über eine hohe Reputation verfügen,
- materielle Unterstützung bis hin zur Teilprofessionalisierung (insbesondere durch die Förderprogramme XENOS, Civitas und entimon), damit bestimmte Aufgaben dauerhaft und fachlich qualifiziert wahrgenommen werden,
- gleichzeitig muß für solche Gruppen ein Weiterarbeiten als **ehrenamtliche Initiative** ermöglicht werden.

Lokale Initiativen wie die beispielhaft erwähnte „Aktion Zivilcourage Pirna“ oder hier in NRW die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz **und bundesweite Netzwerke** wie das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ sind ein wichtiges und unverzichtbares Element, um Rechtsextremismus und Gewalt zurückzudrängen und ein tolerantes Miteinander in der Gesellschaft zu verankern.

Die Wirksamkeit zivilgesellschaftlichen Handelns ließe sich jedoch steigern, wenn Reformvorschläge wie etwa aus der Enquetekommission „Bürgerschaftliches Engagement“ oder aus dem Bundesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ aufgegriffen würden. Ich denke dabei insbesondere an

- eine Reform des Zuwendungsrechts,
- verbesserte Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit,

- neue Beteiligungsformen wie z.B. Zukunftswerkstätten oder Mediation,
- mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten im lokalen Nahbereich (Bürgerkommune),
- Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten.

Um begriffliche Überlegungen zu Netzwerkbildung und Kooperation für die lokale Arbeit fruchtbar zu machen, möchte ich abschließend die Formen von Netzwerken sortieren, über die ich in meinem Vortrag gesprochen habe.

Wir haben also gehört von lernenden Netzwerken, von einem Arbeitsnetzwerk, wir haben gehört von lokalen oder von bundesweiten Netzwerken. Ich will versuchen, die genannten Formen kurz in einem Schema zu ordnen.

Als erstes kann man Netzwerke unterscheiden nach der Art der Tätigkeit, wobei ich drei Typen für wichtig halte, nämlich das Informations-, das Lern- bzw. Qualifizierungs- und drittens das Arbeitsnetzwerk. Als zweites kann man Netzwerke unterscheiden dahingehend, wie sie sich gegenüber der Umwelt abgrenzen: Sind es also geschlossene oder offene Netzwerke (dies kann für die praktische Arbeit eine sehr hohe Bedeutung haben).

Eine dritte Unterscheidungsebene bezieht sich auf die Arbeitsweise der wesentlichen Akteure: Sind es wesentlich hauptamtliche oder sind es wesentlich ehrenamtliche Personen oder handelt es sich um Mischformen?

Als vierte Ebene nenne ich das Verhältnis der beteiligten Partner innerhalb des Netzwerkes: Sind es Organisationen innerhalb einer gleichartigen Struktur, also beispielsweise ein Netzwerk kirchlicher Jugendeinrichtungen oder ein Netzwerk antirassistischer Initiativen? Oder handelt es sich um eine Kooperation verschiedenartiger Organisationen oder solcher Organisationen, die aus verschiedenen Bereichen stammen? Während wir bei diesen beiden Fällen gleiche Ziele unterstellen, kann es schließlich auch eine Kooperation bei partiell unterschiedlichen Zielen geben.

Als fünfte Unterscheidungsebene ist die räumliche zu nennen. Handelt es sich also um ein lokales, ein regionales oder ein bundesweites Netzwerk?

Ich hoffe, dass Ihnen diese Überlegungen zusammen mit den eingangs genannten Erfolgsbedingungen bzw. Gründen für Misserfolge helfen, Vernetzung in Ihrer lokalen Praxis sinnvoll zu nutzen.

„Theorie und Praxis von Vernetzung und Kooperation“

Sebastian Goecke
Wuppertaler Initiative für Demokratie
und Toleranz e.V., Wuppertal

Beschreibung des durch die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. durchgeführten ENTIMON-Projektes – unter dem Schwerpunktthema „Netzwerkarbeit“

I. Kurzdarstellung der einzelnen Projektbereiche:

Gewaltprävention an Hauptschulen

Beteiligt sind hier in der Umsetzung besonders ein im Rahmen des Projektes gegründeter „Fachkreis Gewaltprävention“. Hierin stellen verschiedenste Stellen der Verwaltung und Kooperationspartner personelle Ressourcen zur Verfügung, indem sie Mitarbeiter für diese Aufgabe freigestellt haben, die sowohl die Konzeptionierung, als auch die Begleitung und konkreten Umsetzung des Projektes an den beteiligten Schulen sicherstellen.

Personell beteiligte im Fachkreis sind:

- Stadtbetrieb 208 (Jugendschutz)
- Stadtbetrieb 206 (Schulen / Schulpsychologischer Dienst)
- Stadtbetrieb 201 (Fachreferat Sozialarbeit)
- Polizei (Kommissariat Vorbeugung)

Darüber hinaus stellen die beteiligten Schulen zwei bis drei Lehrer für die Koordination des Arbeitsbereiches in der Praxis frei.

Beteiligt sind 12 von 13 bestehenden Hauptschulen in Wuppertal.

Derzeit wird, wegen des erfolgreichen Verlaufes des Hauptschulprojektes, eine Ausweitung dieses Ansatzes auf Grundschulen überlegt und geplant, auch hierfür sollen die beteiligten Fachleute freigestellt werden.

Die Gleichstellungsstelle übernimmt langfristig die Finanzierung von Selbstverteidigungskursen für Mädchen. Ebenso beteiligen sich Schulen bzw. deren Fördervereine an Referentenkosten.

Insgesamt ist eine Verstetigung des Projektes durch alle beteiligten Stellen über 2005 hinaus angestrebt und soll in den regulären Aufgabenbereich integriert werden.

Erstellung von Unterrichtsmaterialien

Hier ist neben der Finanzierung durch ENTIMON eine Umsetzung nur möglich durch die personelle und finanzielle Beteiligung der Kooperationspartner:

- Medienprojekt Wuppertal e.V.,
- Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V.,
- Begegnungsstätte Alte Synagoge,
- Unter Wasser fliegen e.V.

Die Arbeit der fest in den Institutionen angestellten bzw. ehrenamtlichen Mitarbeiter wird nicht über uns vergütet, ist aber Grundlage der Umsetzung.

Geplant sind hier weitere Kooperationen, die abhängig von dem geplanten Projekt im Einzelfall unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten erfordern. Hier stehen aber sowohl Eigenmittel des Vereines, Eigenmittel der Projektpartner als auch verschiedene Fördertöpfe zur Verfügung, um eine Weiterführung sicher zu stellen.

Die Erfolge der bisherigen Arbeit („Du bist schlimm“ – Gewalt und Mobbing an Schule, „Die Rettung der Zukunft“ – Comicprojekt, „Geschichte der Polizei in Wuppertal zwischen 1933 und 1945“) haben zu vielen Anfragen nach weiteren Projekten in dieser Richtung geführt.

Derzeit werden Möglichkeiten der Umsetzung geprüft. Durch die enge Zusammenarbeit besonders mit dem Medienprojekt Wuppertal kann davon ausgegangen werden, dass eine langfristige Weiterführung dieses Ansatzes über 2005 hinaus gewährleistet werden kann.

Stadtteilarbeit

Wie bei den anderen Projektbereichen ist auch hier die Beteiligung der Kooperationspartner bestimmt durch die Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen. Langfristiges Ziel ist die Übernahme der entwickelten Arbeitsansätze in den Normalbetrieb der beteiligten Institutionen bzw. die Verselbstständigung und eigenverantwortliche Übernahme der Arbeit.

Dies ist bereits in Teilen gelungen. So hat sich der durch ENTIMON angeregte Arbeitskreis Unternehmer bereits verselbstständigt und wichtige Funktionen im Stadtteil übernommen, bzw. Ideen, die im Rahmen von ENTIMON entstanden (Infobroschüre über den Stadtteil), bereits dieses Jahr weitgehend ohne Unterstützung aus ENTIMON-Mitteln als Neuaufgabe realisiert. Darüber hinaus hat sich dieser Kreis (bestehend aus deutschen und „Migrantenunternehmern“) inzwischen als eigenständiger Verein organisiert. Auch die im Projekt eingebundenen „Migrantenvereine“ haben in Eigenregie Sprachkurse für ihre Mitglieder und verschiedene gemeinsame Aktionen im Stadtteil ohne Förderung umgesetzt.

Der Arbeitskreis Nordstadt und andere Stadtteilinitiativen haben sich darüber hinaus aktiviert in der Entwicklung und Umsetzung der „Regionale 2006“ (Landesprogramm) und „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Bundesprogramm). Durch die Zusammenarbeit konnten nicht nur weiterführende Ideen entwickelt werden, sondern auch bestehende Projektlinien anderweitig finanziell unterstützt werden. Durch diese Einbindung ist eine Weiterführung bestehender Ansätze gesichert, zumal in großem Maße gelungen ist, ehrenamtliches Engagement zu entwickeln und zu verfestigen.

Die Arbeit ist zudem gesichert über die große Zahl der hier mitarbeitenden Kooperationspartner, die einen Großteil der angestoßenen Projekte in ihren Aufgabenbereich schon jetzt übernehmen.

II. Detailliertere Betrachtung der Einzelbereiche

1. Gewaltprävention an Hauptschulen

Netzwerkbildung

In Wuppertal haben die Kommune und Freie Träger seit Langem die Notwendigkeit flächendeckender Gewaltpräventivmaßnahmen erkannt und in Teilen versucht dies umzusetzen.

Ziel des Projektbausteins „Gewaltprävention an Hauptschulen“ ist einerseits, ergänzend zu bestehenden Angeboten, diese bisher vernachlässigte Schulform einzubeziehen, andererseits ein Netzwerk zu schaffen, dem gelingt, die bestehenden Ressourcen zu bündeln, die Angebote zu koordinieren, eine Qualität der Angebote zu forcieren und ein flächendeckendes Konzept für Gewaltpräventionsangebote in Wuppertal zu schaffen.

Weiteres wichtiges Ziel dieses Netzwerkes ist, seine Angebote in bestehenden Institutionen zu verstetigen und als Bestandteil der Alltagsarbeit langfristig zu implantieren.

Als Kooperationspartner konnten zur Mitarbeit gewonnen werden: Städtische Ressorts (Schulamt, Jugendamt, Jugendhilfe, Jugendschutz, Jugendförderung, Jugendbildung, Ressort für Zuwanderung und Integration), Freie Träger, Polizei (Kommissariat Vorbeugung), freie Anbieter verschiedener Angebotsformen (Abenteuerpädagogik, Deeskalationstrainer, Jungenpädagogen, Theater- und Kulturanbieter u.ä.).

Arbeit an den Schulen

Bisher wurden folgende Maßnahmen realisiert

- Schaffung eines Fachkreises zur Konzeptionsentwicklung, fachlichen Begleitung, inhaltlichen Weiterentwicklung und Evaluation mit regelmäßigen Treffen,
- Teilnahmezusage von 11 der 13 Hauptschulen,
- Sondierungsgespräche und Bedarfserhebung mit Rektoren, Lehrern und Kollegien an allen teilnehmenden Schulen (Situations- und Bedarfsanalyse, Grobplanung 2003),
- Befragung von Schülern aller beteiligten Schulen (Erfassung von deren Sichtweisen und Bedarfen),
- Auswertung der Befragungen,
- Erste Fortbildungsveranstaltung für Lehrer aller beteiligten Schulen,
- Flankierende stadtweite Veranstaltungen zum Themenkomplex über die Zielgruppe „Hauptschule“ hinaus (z.B. „do.it.gegen.gewalt.handeln“),
- Festlegung von Standards,
- Durchführung von Pädagogischen Tagen mit den Kollegien aller Schulen zur Absprache und Festlegung der weiteren Umsetzung,
- Konzeptionierung der Implantierung und erste Umsetzungen von Praxisanteilen an den einzelnen Schulen (unter Einbezug der Befragungsergebnisse und formulierten Bedarfe an allen Schulen),
- Aufbauende Fortbildung für Lehrer ,
- Begleitung von Lehrern im Unterricht und Unterstützung bei der Umsetzung erlernter Methoden im Unterrichtsalltag,
- Begleitende Auswertung.

Erste Auswertungsergebnisse der Befragung von Lehrern und Schülern lassen erkennen, welche Problematiken besonders in die Konzeptentwicklung von Gewaltpräventionsmaßnahmen mit einzubeziehen sind:

- das Image von Hauptschule nach außen und innen (Identität, Identifizierung, Stigmatisierung),
- Strukturelle Fragen (Schulorganisation, Räumlichkeiten, Umfeld),
- Geschlechtsspezifische Angebotsformen,
- Beziehungsebene Lehrer-Schüler,
- Bearbeitung der verschiedenen Formen der Gewalt,
- Die Partizipation von Schülern am Prozess
- Elternarbeit.

Standardisiert müssen die Schulen zur Teilnahme folgende Kriterien erfüllen, um eine sinnvolle und längerfristige Umsetzung zu ermöglichen:

- Benennung von verantwortlichen Ansprechpartnern für den Fachkreis,
- Bereitschaft zur Durchführung einer pädagogischen Fachkonferenz des gesamten Kollegiums zum Thema,
- Bereitschaft Personal für Fortbildungen freizustellen,
- Aufnahme von Gewaltprävention in das Schulprogramm,
- Implantierung und Verstetigung von verschiedensten Angebotsformen in den Schulalltag herstellen,
- Einbezug von Schülern in den Gesamtprozess gewährleisten,
- Mitarbeit bei der Evaluation zusagen.

II. Schaffung von Unterrichtsmaterialien

Grundidee dieses Projektbausteins ist, in Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Lehrern, Künstlern und Schülern Unterrichts- und Informationsmaterial zu entwickeln, das die Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt in wissenschaftlich fundierter und für Schüler attraktiver Form bearbeitet und vermittelt.

Ziel ist neben der Herstellung aktuellen Materials, über den Prozess der Bearbeitung, Methoden zu experimentieren, die Schülern einen intensiveren und interessanteren Zugang an diese Themen erlauben, andererseits aber auch Lehrern und Wissenschaftlern über den direkten Kontakt und

die Auseinandersetzung mit den Schülern effektivere Formen der Wissensvermittlung zu entwickeln und umzusetzen und sie zu motivieren, aktuelle Themen verstärkt in den Unterricht und Forschung einzubeziehen.

Anlass zur Implantierung dieses Projektbausteins war die Aussage von mehreren Schülern im Rahmen einer stadtweiten Befragung angemerkter Kritik an bestehenden Materialien. Hier wurde von den Schülern besonders kritisiert, dass verwendete Materialien oft veraltet und uninteressant sind. Besonders wurde bemängelt, dass gerade aktuelle Geschichte und Politik im Unterricht kaum eine Rolle spielen (z.B. die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland, Hintergründe des Rechtsextremismus).

Realisiert wurden bisher 3 Einzelprojekte:

- Geschichte der Polizei in Wuppertal zwischen 1933 und 1945 (diverse Medien),
- Täter – Opfer (Video + Handreichung zum Einsatz im Unterricht),
- Zusammenleben von Kulturen im Stadtteil (Comic + Handreichung).

In den einzelnen Projekten arbeiten mit:

Historiker, Sozialwissenschaftler, Medienpädagogen, Medienfachleute, Künstler, Lehrer und Sozialpädagogen.

Als Kooperationspartner konnten gewonnen werden:

Medienprojekt Wuppertal, Stadtteilbüro Ostersbaum (Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf), Gesamtschule Else-Lasker-Schüler, Gymnasium Siegesstraße und Bayreuther Straße, Begegnungsstätte Alte Synagoge, Polizeipräsidium, Verband der Sinti/Roma NRW, Nachbarschaftsheim e.V. Wuppertal, Uni Wuppertal, Stadtarchiv.

Der Einsatz der Materialien im Unterricht wird in Teilen begleitet und ausgewertet.

Weitere Projekte sind derzeit in Planung. Die Materialien werden allen Schulen zur Verfügung gestellt, darüber hinaus ist ein Vertrieb über Medienzentren bundesweit geplant.

III. Stadtteilarbeit

Hier ist besonderes Ziel die Förderung des Zusammenlebens und Schaffung neuer Begegnungs- und Auseinandersetzungsebenen.

Im Rahmen dieses Projektteils wurde neben der Schaffung von Netzwerken eine Vielzahl von Einzelprojekten realisiert. Bedient wurden insgesamt 5 Stadtteile Wuppertals: Nordstadt, Ostersbaum, Unterbarmen, Oberbarmen und der Arrenberg.

An Netzwerken wurden angestoßen, geschaffen und/oder verstetigt: Der Arbeitskreis Unternehmer, der Arbeitskreis Vereine, der Arbeitskreis Nordstadt und die Zusammenarbeit verschiedener Träger in diversen Stadtteilen, zunächst bezogen auf Einzelmaßnahmen, mit dem Ziel der festen Implantierung.

Begegnung von Kulturen und Generationen – hier wurden/werden eine Vielzahl von Projekten umgesetzt:

„Klangkosmos Weltmusik“

Neben reinem Konzertangebot, darunter ein Open-Air-Konzert, beinhalten alle Veranstaltungen neben einer Einführung in die kulturellen Zusammenhänge der Künstler, kulinarische Spezialitäten der Herkunftsländer ebenso die Möglichkeit der Diskussion zwischen Künstlern und Publikum. Darüber hinaus machen die Künstler in angrenzenden Schulen im Stadtbezirk Workshops mit Schulklassen. Angesiedelt ist dieses Angebot derzeit im Stadtteil Ostersbaum in den Räumlichkeiten der Ev. Gemeinde Thomaskirche. Der Erfolg dieser Veranstaltungsreihe ist, dass hier Gruppen erreicht werden, die sonst solche Angebote eher nicht wahrnehmen: Gemeindemitglieder jeder Altersstufe, Bewohner des Stadtteils verschiedenster Herkunft und Schüler der umliegenden Schulen.

2003 ist dieses Angebot auf mehrere Stadtteile ausgeweitet worden in den Stadtteilen Nordstadt (hier wird der Saal eines Seniorenstiftes Veranstaltungsort), Arrenberg und Oberbarmen (Kirchengemeinden). In die Gestaltung der Veranstaltungen werden Gemeindemitglieder, Migrantenvereine und Ehrenamtliche mit einbezogen, ebenso verschiedene Schulen des jeweiligen Umfeldes.

„40 Jahre türkische Migration“

Die Veranstaltungsreihe wurde gestaltet u.a. durch den Verbund der Vereine, den AK Nordstadt, einen Verein zur Integration Behinderter, Jugendeinrichtungen, das Ressort Zuwanderung und Integration, das Stadtteilmanagement Oberbarmen und die VHS Wuppertal. Angeboten wurden Vorträge, Theater, Diskussionen, Lesungen und Disco. Die Resonanz war für die Kurzfristigkeit der Organisation sehr positiv, eine Fortsetzung ist für 2003 angedacht (siehe auch „Stadtteilspaziergänge“, Verbund Vereine).

Das Jugendmusical „Stress“

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Unter Wasser fliegen“ unter Anleitung einer Theaterpädagogin realisierte eine Gruppe Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft (Türkei, Roma aus Serbien, Eritrea, Deutsche) ein Musical mit dem Titel „Stress“. Thematisiert werden hier Stress mit Eltern, Kultur, Schule, Markenklamotten, Kriminalität und Drogen. Die Jugendlichen schrieben die Texte und produzierten die Szenen und Lieder selbst. In mehreren Aufführungen wurde das Musical vor Schülern verschiedener Schulen an Schulen und in einem lokalen Theater sowie im Gefängnis „Simonshöfchen“ in Wuppertal aufgeführt, ebenso gab die Gruppe ein Gastspiel in Wismar, bei dem die Aufführung unter professionellen Bedingungen filmisch dokumentiert wurde.

Nach allen Aufführungen standen die Jugendlichen dem Publikum zur Diskussion zur Verfügung. Ziel der Jugendlichen war und ist, deutlich zu machen, dass unabhängig von Herkunftskultur die Probleme und Interessen von Jugendlichen sehr ähnlich, wenn nicht weitgehend gleich sind.

Alle Aufführungen hatten sehr positive Resonanz, sowohl bei Schülern als auch bei Pädagogen. Auf diese Weise gelang es, das Thema Unterschiedlichkeit und Zusammenleben von Kulturen in einer sehr ungewöhnlichen Form für die Zuschauer interessant zu transportieren. Neben dem Effekt der Auseinandersetzung, der Entdeckung ähnlicher Interessenslagen und der Diskussion um Möglichkeiten des Angangs bestehender Probleme bei den Zuschauern, führte die Erarbeitung des Stückes bei den beteiligten Jugendlichen zu intensiver Auseinandersetzung und dadurch zu neuen Freundschaften innerhalb der Gruppe.

Durch die Probenarbeit wurden zudem bestehende Potentiale bei den Jugendlichen stark gefördert, sodass die Aufführung inzwischen äußerst professionell ist. Durch die Aufführungen haben die Jugendlichen zudem inzwischen soviel Selbstbewusstsein entwickelt, dass sie die anschließenden Diskussionen mit dem Publikum selbst moderieren.

„Labyrinth Fluchtwege“

In Zusammenarbeit mit der Diakonie, dem Stadtteilmanagement Oberbarmen und anderen wurde die in einem LKW installierte Ausstellung „Labyrinth Fluchtwege“ auf zwei öffentlichen Plätzen (Berliner Platz und Laurentius Platz) gezeigt. Die Ausstellung behandelt sehr exemplarisch den Weg und die Schwierigkeiten einer Flucht nach Deutschland. Beworben wurde die Aktion stadtweit, Schulklassen und Gruppen wurden Führungen angeboten, Passanten und Nutzern der Plätze stand die Ausstellung kostenfrei zur Verfügung. Ziel war, mit ungewöhnlichen Angeboten die beiden Plätze zu beleben bzw. so auch Besuchergruppen zu erreichen, die solche Angebote normalerweise nicht wahrnehmen. Der Berliner Platz in Oberbarmen wurde ausgewählt, weil dieser Treffpunkt eines sehr problematischen Klientels ist. Anfang 2002 war dieser Platz Treffpunkt rechter Jugendlicher, die dort offensive Anwerbung neuer Mitglieder betrieben. Durch eine gemeinsame Aktion anliegender Institutionen und Privatpersonen aus dem Umfeld wurden damals auf dem Platz tägliche Aktionen gegen diese Gruppe in Form von Flugblattverteilung, Ständen und Freizeitangeboten durchgeführt, was zu einem Rückzug dieser Gruppe führte. Seitdem werden regelmäßig Aktionen auf dem Platz veranstaltet, die versuchen der Öffentlichkeit im Umfeld ungewöhnliche Ebenen der Auseinandersetzung mit interkulturellen Themen und zur Förderung des Zusammenlebens zu bieten. Die Aktion „Labyrinth Fluchtwege“ fand großen Anklang und führte zu intensiven Auseinandersetzungen zur Thematik vor Ort. Ähnliche weitere Aktionen auf beiden Plätzen sind für 2003 angedacht.

Matinee-Programm „Meine Toleranz“ und „Die Gedanken sind frei“

In Zusammenarbeit mit dem Wuppertheater wurden im Rahmen der Matinee Mädchen und Frauen kurdischer, türkischer und deutscher Herkunft über Musik, Lesung, Spiel und Imbiss zusammengebracht und zur Reflexion ihrer Sichtweisen über gemeinsames Agieren zu bewegen.

Im Rahmen der Veranstaltung „Die Gedanken sind frei“ wurden Kinder und Jugendliche eingeladen, die auf der Bühne ein Forum erhalten sollten ihre Meinungen und Sichtweisen einer breiten Öffentlichkeit kund zu tun. Ein Modellprojekt, das leider zunächst kaum Resonanz fand, aber in 2003 erneut versucht werden soll.

(Siehe zu beiden Veranstaltungen die Anlagen)

Der Komplex **Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen** wurde in Kooperation mit der Diakonie Barmen im Stadtteil Wichlinghausen begonnen. Ziel war hier Jugendliche verschiedenster Cliques und Hintergründe (rechte Jugendliche und Migranten), die den Wichlinghauser Markt als Treffpunkt nutzen, durch ein gezieltes Angebot zu erreichen, um bestehende, oft sehr gewaltsam ausgetragene Auseinandersetzungen zu entschärfen und über gemeinsame Aktivitäten langfristig zu lösen. Die Diakonie konnte durch Mittel der Bezirksvertretung und des Jugendamtes Räumlichkeiten in unmittelbarer Nähe des Platzes anmieten. Durch Streetwork und die Zusammenarbeit mit einer Sonderschule im Umfeld gelang es, die Jugendlichen in die Räumlichkeiten zu integrieren. Durch die bis dato fast ausschließlich ehrenamtliche Betreuung der Jugendlichen fehlten konkrete pädagogische Maßnahmen der Anti-Aggressions-Arbeit. Durch den Einsatz einer Honorarkraft für soziale Gruppenarbeit gelang es das Angebot der Einrichtung auszuweiten und gemeinsame Aktivitäten der Jugendlichen herzustellen. Dies führte zu einer deutlichen Entspannung vor Ort und zu Annäherung der Jugendlichen durch die Erkenntnis gemeinsamer Interessen.

Durch den Erfolg dieser Arbeit ergaben sich Anfragen aus anderen Stadtteilen nach Übertragung und Ausweitung dieses Ansatzes (u.a. Oberbarmen, Berliner Platz (s.o.), Arrenberg, Innenstadtbereich Elberfeld, Vohwinkler Feld). Auch dort gibt es, oft nur durch Honorarkräfte besetzte Streetworkprojekte für eine ähnliche Klientel, oft fehlt aber eine weitergehende Qualifizierung der Mitarbeiter und eine Anbindung an Räumlichkeiten. Da dieser Ansatz als erfolgsversprechend zu betrachten ist, soll in 2003 mit einer Qualifizierung der in diesem Bereich aktiven Mitarbeiter, gerade in Bezug auf die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, begonnen werden. Zudem ist die Teilförderung von Einzelprojekten für diese Zielgruppe geplant.

Kooperationspartner:

Stadt Wuppertal (Ressorts 200, 201, 204, 206, 208): *personelle, räumliche Ressourcen in allen Projektbausteinen*

Medienprojekt der Stadt Wuppertal: *Umsetzung Täter-Opfer Video*

Schulrat: *fachliche Begleitung Hauptschulprojekt*

Stadtteilmanagement (Nordstadt, Arrenberg, Unterbarmen, Oberbarmen, Wichlinghausen): *Mit-koordinatoren und Initiatoren von Stadtteilprojekten*

Ausländerbeirat: *Kontakte Migrantenorganisationen*

Stadtteilbüro Ostersbaum: *Partner bei Comicprojekt und „Traumschule“*

Nachbarschaftsheim Alte Feuerwache: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit und Hauptschulprojekt*

Begegnungsstätte Alte Synagoge: *Fachliche Anleitung Unterrichtsmaterialien*

Unter Wasser fliegen e.V.: *Anleitung Musical, Organisation und Umsetzung „Klangkosmos Weltmusik“*

Arbeitskreis Nordstadt: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit und Hauptschulprojekt*

Diakonie Elberfeld + Barmen: *Seniorenarbeit und Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen*

Caritasverband: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

11 Wuppertaler Hauptschulen: *Hauptschulprojekt und Mitarbeit in Stadtteilprojekten*

Gesamtschule Else-Lasker-Schüler: *Partner bei Comicprojekt und „Traumschule“*

Gesamtschule Barmen: *Mitarbeit in Stadtteilprojekten*

Gymnasium Bayreuther Straße: *Mitarbeit Täter-Opfer Video*

Gymnasium Siegesstraße: *Unterrichtsmaterialien (Polizei 33 – 45)*

Polizei (Kommissariat Vorbeugung): *fachliche Begleitung und Projekte im Hauptschulprojekt*

Unternehmer und Vereine der Elberfelder Nordstadt: *Mitarbeit in Stadtteilprojekten*

Lutherstift: *Seniorenarbeit, personelle und räumliche Ressourcen bei „Klangkosmos Weltmusik“*

Ev. Kirchengemeinde Thomaskirche: *personelle und räumliche Ressourcen bei „Klangkosmos Weltmusik“*

Haus der Jugend Bergstraße: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit, Musical*

Jugendzentrum Arrenberg: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

Landesfilmzentrum Mecklenburg-Vorpommern: *Dokumentation und Veranstaltungsreihe Musical*

Rex-Theater: *personelle und räumliche Ressourcen bei Musical*

Alevitisches Kulturzentrum e.V.: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

Kultur- und Bildungsverein Wichlinghausen e.V.: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

Die Färberei e.V.: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

Türkei Haus Wuppertal: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

VHS Wuppertal: *personelle und räumliche Ressourcen, Mediennutzung Stadtteilprojekte*

Talklang e.V.: *Werbung und Begleitung „Klangkosmos Weltmusik“*

Kommunikationszentrum „die börse“: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

Berufskolleg Barmen: *personelle und räumliche Ressourcen bei Stadtteilarbeit*

Programmkinno Theater a.d. Gathe: *räumliche Ressourcen Täter-Opfer Video*

Hinzu kommen eine Vielzahl von Einzelpersonen, ehrenamtlichen Mitarbeitern, Lehrern, Sozialpädagogen und natürlich die beteiligten Jugendlichen aus den Einzelprojekten, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

„Orientierungspunkte interkultureller Bildungsarbeit“

Anne Broden

IDA-NRW, Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen

Interkulturelle pädagogische Theorie ist ein umkämpftes Terrain. Vor allem die Bedeutung des „kulturellen Hintergrunds“ von MigrantInnen¹ wird in den Sozialwissenschaften kontrovers diskutiert. Auch die Praxis zeigt dementsprechend eine Bandbreite pädagogischer Konzepte auf, die auf verschiedene theoretische Entwürfe rekurren.

Welche Bedeutung kommt dem Kulturaspekt in der interkulturellen Bildungsarbeit zu? Hilft die Aneignung von Sprachen und Informationen über Kultur, Geschichte und Politik der Herkunftsländer der in der Bundesrepublik lebenden MigrantInnen, um im Kontakt mit ihnen Konflikte zu vermeiden? Oder ist die mit Spracherwerb und Sachinformationen möglicherweise einhergehende Konstruktion von Klischees und Stereotypen eher hinderlich in der interkulturellen Kommunikation, vielleicht sogar Anlass mancher Konflikte?

Ich möchte an dieser Stelle einige Standards Interkultureller Pädagogik formulieren, die sich meiner Meinung nach aus der Diskussion um eine Interkulturelle Pädagogik, die die Anerkennung als Leitperspektive fokussiert, ergeben.

Diese Auflistung erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit und ist auch kein allgemeingültiges Rezept der interkulturellen Bildungsarbeit, auch wenn dies durch den objektivistischen Ausdruck `Standards` suggeriert wird. Aber es ist eben auch nicht so, dass wir völlig ratlos in Bezug auf das `wie` interkultureller Pädagogik sind. In diesem Sinne verstehe ich die folgenden Hinweise als Anregung zur Diskussion, nicht zuletzt weil ich der Meinung bin – um einmal I. Kant für die Interkulturelle Debatte fruchtbar zu machen –: „Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie.“

Einige Standards Interkultureller Pädagogik

Anne Broden

1. Kulturelle Zuschreibungen vermeiden

Ein Mädchen der 3. Einwanderergeneration ist nicht nur „türkisch“, sondern mischt ihre Lebensorientierungen aus Versatzstücken ihrer Umgebung. Vielleicht trägt sie ein Kopftuch und ist zugleich Hip-Hop-Fan. MigrantInnen müssen in ihrer je spezifischen Lebenssituation zur Kennt-

nis genommen werden. Gleichzeitig kann – eine erste Paradoxie in der interkulturellen Bildungsarbeit – trotz der notwendigen Kritik am Begriff „Kultur“ nicht gänzlich auf ein Konzept des „kulturell Anderen“ verzichtet werden.

2. Differenz und Ungleichheit unterscheiden

Mit „Differenzen“ sind die vermeintlich kulturellen Unterschiede gemeint, denen ein statisches Kulturverständnis aufsitzt, das mehr auf Phantasien und Vorurteilen denn auf Realitäten beruht. Von diesen „Differenzen“ müssen „Ungleichheiten“ unterschieden werden, die zwischen Mehrheitsdeutschen und MigrantInnen bestehen, z. B. Unterschiede an Chancengleichheit, Partizipationsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen, aber auch der unsichere Rechtsstatus vieler Flüchtlinge und Asylsuchender.

3. Ungleichheiten benennen

Ungleichheiten nicht gebührend wahrzunehmen, gar zu verschweigen, hieße, Machtstrukturen unreflektiert und unberücksichtigt zu lassen, Strukturen der Ungerechtigkeit als gegeben hinzunehmen und Andere in einer paternalistischen Haltung zu klientelisieren, abhängig zu halten, diese Strukturen damit letztlich zu legitimieren und fortzuschreiben.

4. Partizipation statt Paternalismus

Es geht nicht darum, für MigrantInnen etwas zu tun, sondern sie in die Reflexionen und Planungen mit einzubeziehen, ihre Kompetenzen für die interkulturelle Arbeit fruchtbar zu machen. Darüber hinaus müssen sich Träger interkultureller Bildung, Schulen, Behörden etc. interkulturell öffnen. D. h. MigrantInnen sind nicht nur BesucherInnen von Jugendheimen, sondern auch deren LeiterIn.

5. Exotismus vermeiden

Die Samba tanzende Brasilianerin und der naturverbundene Aborigine entsprechen unseren Phantasien und Projektionen, die allerdings um die komplexe Lebensrealität vieler Brasilianerinnen und Aborigines verkürzt

werden: langweilige Telenovelas und Aborigines im Nadelstreifenanzug mit Handy gehören auch zur Wirklichkeit, passen allerdings nicht zu unseren Phantasien, die von der bunten Medienwelt erzeugt werden. Und diese exotischen Bilder und Phantasien haben wenig mit der Lebensrealität von MigrantInnen in der Bundesrepublik gemein. Wenn vor allem diese Bilder vermittelt werden, wird noch einmal die kulturelle Komplexität Anderer auf willkürlich herausgehobene Aspekte reduziert, und die ehemals Kolonisierten werden erneut ausgebeutet, indem für die persönliche (kulturelle) Bereicherung das herausgegriffen wird, was gefällt. Darüber hinaus suggeriert dieses Herausgreifen einzelner kultureller Aspekte eine vermeintliche Gleichberechtigung, die letztlich die bestehende kulturelle Hegemonie verschleiert. So ist Exotismus keine antirassistische Praxis, sondern – beabsichtigt oder nicht – eine Facette von Dominanzverhältnissen.

6. Anerkennung als Axiom interkultureller Bildung

Interkulturelle Bildung bedarf der Anerkennung. Anerkennung beinhaltet das Moment des Erkennens der Anderen als Individuen und deren Recht auf Entwicklung einer eigenen Identität sowie das Moment der Achtung dieser eigenständigen Entwicklung. Anerkennung meint die Anerkennung als Subjekt, die Anerkennung als „kulturell Andere“, die als handlungsfähige Subjekte in Erscheinung treten und sich entfalten und darstellen können.

Die **Anerkennung der Anderen als politische Subjekte** meint die (pädagogische) Unterstützung, Förderung und Ermöglichung der eigenständigen Artikulation der MigrantInnen. Eine Interkulturelle Pädagogik der Anerkennung zielt darauf ab, MigrantInnen Partizipationschancen zu eröffnen. Dies beinhaltet beispielsweise ein Engagement für eine Gesetzgebung (z. B. Doppeltes Staatsangehörigkeitsrecht, erweitertes Wahlrecht für MigrantInnen etc.), die sich nicht der Abschottung, sondern der Einwanderungsgesellschaft verpflichtet sieht.

Eine Interkulturelle Pädagogik sollte sich weiterhin nicht nur für die politische Anerkennung der MigrantInnen als Subjekt stark machen, sondern auch für die Unterstützung sozialer Kontexte (ethnische Gemeinschaften, Stadtteile [nicht Ghettos!] ...). Statt der ständigen Thematisierung von „Selbstethnisierungstendenzen“ sollte die **Anerkennung Anderer als**

soziale Subjekte beinhalten, dass ihre Gemeinschaften anerkannt werden, dass sie in ihren Stadtteilen, in ihren Verbänden und Organisationen als soziale Wesen ihre kulturelle Identität leben können und Handlungsfähigkeit und Partizipationschancen erlangen. Wer es in finanziell angespannten Zeiten ernst meint mit der Anerkennung, wird sich auch für die finanzielle Absicherung von MigrantInnenselbstorganisationen stark machen, wohl wissend, dass dies auf eigene Kosten gehen kann. Insofern zeigt sich Anerkennung auch als praktische Solidarität.

Angesichts des Rassismus in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist die **Anerkennung der Unversehrtheit des Körpers** derzeit nicht gewährleistet. Selbst die von körperlicher Gewalt bisher verschont gebliebenen MigrantInnen und andere Deutsche haben das Gefahrenpotenzial rassistisch motivierter Gewalt ständig vor Augen. Für einige ist dies der Grund, die Bundesrepublik zu verlassen. Für eine Pädagogik der Anerkennung bedeutet dies, dass immer auch gewaltförmige Strukturen und brutale Menschen mitgedacht, thematisiert und bekämpft werden müssen.

7. Aneignung dominanter Strukturen durch Andere

Eine Interkulturelle Pädagogik der Anerkennung Anderer als politische und soziale Subjekte darf nicht naiv gegenüber den Dominanzverhältnissen sein. Will sich Interkulturelle Pädagogik z. B. für die Stärkung von jugendlichen MigrantInnen einsetzen, so gilt es beispielsweise darauf zu insistieren, dass sie gut Deutsch lernen, auch wenn dies ihrer Meinung nach auf Kosten der Herausbildung eigener subkultureller Identität gehen mag. Interkulturelle Pädagogik beharrt auf einem Prozess der Aneignung herrschender Strukturen durch kulturell Andere, sei es in einer MigrantInnenselbstorganisation, einer Gewerkschaft oder Partei, einer Stadtteilinitiative oder ähnlichem, denn Subjektwerdung außerhalb der dominanten Strukturen läuft Gefahr, nicht mehr als Selbsttäuschung zu sein.

8. Kommunikative Reflexion

„Wenn du mit mir sprichst, vergiss, dass ich schwarz bin. Und vergiss nie, dass ich schwarz bin.“ (Pat Parker)

Die Unterscheidung von „Ihr“ und „Wir“ birgt die Gefahr der Konstruktion von Differenz in sich und ist zugleich nicht gänzlich zu vermeiden,

wenn Ungleichheiten nicht unberücksichtigt bleiben sollen. Es gibt kein Entrinnen aus der Paradoxie, aber die ständige Reflexion des Dilemmas zwischen den interkulturell Handelnden sowie die Beschreibung und Miteinbeziehung dieser Paradoxie in die interkulturelle Praxis beugt einer naiven Implementierung neuer Zuschreibungen vor.

9. Grenzen der Pädagogik wahrnehmen

Interkulturelle Pädagogik darf die gesellschaftlichen/politischen Rahmenbedingungen einer interkulturellen/antirassistischen Bildungsarbeit nicht aus den Augen verlieren, will sie sich nicht vorschnell verschleifen. Das antirassistische Engagement ist Sisyphusarbeit: der Stein wird uns immer wieder entgegen rollen. Aber Bildungsarbeit sollte subversiv sein, und es gilt, die Spannung zwischen Subversion und Sisyphos auszuhalten. Vielleicht können interkulturell Handelnde diese Spannung auch als lustvolle Herausforderung an die eigene Praxis begreifen, zumal dann, wenn sich die Anderen an der Auseinandersetzung um diese Spannung beteiligen können.

¹ „MigrantIn“, „EinwanderIn“, „Andere“, „Menschen mit Migrationshintergrund“, „Andere Deutsche“ – es lässt sich kein Terminus finden, der allgemeine Akzeptanz fände oder der alle im Kontext von Interkultureller Pädagogik gemeinten Subjekte adäquat bezeichnete. Entscheidend im pädagogisch-interkulturellen Kontext ist die Reflexion der eigenen Sprache und die Anerkennung eigener Bezeichnungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Eigenbezeichnungen wie „Die Unmündigen“ sind Indiz für Souveränität und Artikulationsfähigkeit von MigrantInnen in einer Gesellschaft, die ihnen diese Fähigkeit gerade abspricht. Auch Begriffe wie „Mehrheitsdeutsche“, „Einheimische“ etc. sind umstritten und lediglich eine Annäherung an das, was beschrieben werden soll.

„Orientierungspunkte interkultureller Bildungsarbeit“

Maria do Mar Castro Varela
Fachhochschule Köln,
Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften;
Lehrbeauftragte im Studiengang Sozialarbeit

Nach-Denken zum Thema „Interkulturelle Standards“

Anne Broden hat im Überblick 2/03 Standards für eine interkulturelle Pädagogik formuliert, die ich an dieser Stelle kritisch kommentieren möchte.

Ganz prinzipiell muss ich zugeben, habe ich so meine Schwierigkeiten mit der Praxis des Standard-Postulierens. Ich sehe wohl ein, dass diejenigen, die sich auf der Seite des praktisch pädagogischen Tuns sehen, es häufig als hilfreich empfinden, zumindest Eckpunkte zu haben, an denen sich zu halten, vordergründig eine bessere pädagogische Praxis verspricht. Allerdings denke ich, dass pädagogisches Vorgehen mehr als der Standardisierung einer wohlreflektierten Experimentierfreudigkeit bedarf. Standardisierungen simplifizieren, wie ich finde, in unzulässiger Weise soziale Wirklichkeiten, indem beispielsweise die Eingebundenheit der Pädagogik in politische Machtfelder ganz oder teilweise ignoriert wird, was nicht ohne Folgen für die Pädagogik selbst bleiben kann. Pädagogik verstehe ich dabei selbstredend als politisches Tun, das in der Lage ist, bestehende Machtverhältnisse infrage zu stellen oder eben zu stabilisieren. Anne Brodens Standards, die wohl auch den Versuch darstellen, Quintessenz aus den langjährigen Debatten um interkulturelle Pädagogik zu ziehen, spiegeln nicht nur viele Punkte wieder, bei denen in den letzten Jahren Fortschritte zu verzeichnen sind, sondern auch die Schwächen, die die Debatte kontinuierlich wiederholt.

Auch dieser Text objektiviert beispielsweise *volens nolens* Migrantinnen bei dem Versuch, den Umgang mit denselben zu „verbessern“. Der Satz: „Es geht nicht darum, für Migrantinnen etwas zu tun, sondern sie in die Reflexionen und Planungen einzubeziehen ...“ ist ein perfektes Beispiel hierfür. Migrantinnen bleiben in dieser Perspektive Objekte der Pädagoginnen und werden eben nicht als handelnde Subjekte gesehen. Sie sollen mit einbezogen werden und bleiben damit passiv, werden nicht zu Handelnden. Tatsächlich ist es so, dass viele kritische Diskussionen um Interkulturalität dadurch zustande gekommen sind, dass Migrantinnen sich das Wort *genommen* haben, und das Recht auf Mitsprache eingeklagt haben. Ebenso problematisch finde ich das Sprechen über „kriminelle Ausländer“ und „gewaltbereite Fundamentalisten“: Das Reden über die *Anderen* wird auch hier wieder zur Produktionsstätte der *Anderen* selbst. „Othering“ stellt den Prozess der Herstellung des *Anderen* dar, welcher gleichsam die

Negativfolie des „Wir“ darstellt, und die Autorin beteiligt sich bei dem Versuch, sich kritisch gegenüber Kulturalisierungstendenzen innerhalb der interkulturellen Pädagogik zu zeigen, daran.

Das Denken des Interkulturellen macht womöglich eine Fähigkeit vonnöten, die ich als die **Fähigkeit, sich irritieren zu lassen**, bezeichnet habe, denn um so heterogener Gruppen sind, desto größer ist das mögliche Feld der Irritationen, des Unverständnisses, der Missverständnisse; desto vielfältiger sind die Linien der Macht und Gewalt, die das gemeinsame Sprechen durchkreuzen. Aus diesem Grunde spielt die „gute Intention“ bei interkulturellen Prozessen nur eine zweitrangige Größe. Keineswegs ist es irrelevant, ob ich vorsätzlich, wohlwissend also, einen Menschen verletze, demütige, beleidige, oder ob ich dies tue, ohne dies zu intendieren. Doch die Verletzung und die Folgen, die das „Opfer meines Handelns“ zu tragen hat, sind mit oder ohne Intention erst einmal dieselben. Dies ist auch einer der Gründe dafür, warum das Rechtssystem den Tatbestand der Fahrlässigkeit kennt, der die Verletzung von Menschen abstrafte, auch wenn keine Intention nachgewiesen werden kann.

Das Wissen nun darum, dass es nicht ausreicht „Gutes tun zu wollen“ beunruhigt die in der interkulturellen Praxis Tätigen, denn es verlangt nach einem hohen Grad an Verantwortlichkeit und damit einhergehendem Bewusstsein über die eigene Verletzungsgewalt. Je privilegierter meine Position ist, desto höher ist meine Verletzungsgewalt. Zuweilen führt dies dazu, dass Menschen sich hilflos fühlen, weil sie das Gefühl haben, es niemandem Recht machen zu können, immer nur zurechtgewiesen zu werden. Reaktionen auf diese Situation sind dann unter anderem: Hass und Wut gegen all‘ diejenigen, die **weniger** Privilegien haben, die Vermeidung von Kontakten mit denjenigen, bei denen man potenziell zur Täterin werden kann oder die Ignorierung von Wissen und das Ausruhen in Naivität und Ignoranz, hoffend, dass dies davor schützt für das eigene Tun zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die Fähigkeit sich irritieren zu lassen nötigt dagegen dazu, die Verletzungsgewalt, die einer inne hat, wahrzunehmen, ohne sich von derselben lähmen zu lassen. Sprich: Pädagogisches Handeln ist machtgesättigt und riskiert immer auch andere zu verletzen, insoweit scheint es notwendig, Sensitivitäten zu entwickeln, die eigene Wahrnehmung zu schärfen, die beschränkte Perspektive des Selbst herauszufordern und sich kritisch zu dem System, welches das Selbst mit Privilegien ausgestattet hat, zu stellen. Dafür ist es notwendig, eine Wut zu entwickeln, die sich gegen das

und diejenigen richtet, die die Person mit Privilegien ausgestattet hat, indem andere deprivilegiert wurden.

Deswegen geht es meiner Ansicht nach in der interkulturellen Pädagogik nicht nur um die Praxis des Lernens, sondern auch um eine des Verlernens, wie die postkoloniale Theoretikerin Gayatri C. Spivak¹ so wunderbar formuliert hat. Ich muss beispielsweise verlernen, auf meine Privilegien stolz zu sein, auch wenn es sich dabei um erarbeitete – etwa einen akademischen Abschluss – und nicht durch Geburt erworbene – etwa ein männliches Geschlecht oder eine weiße Hautfarbe – handelt. Verlernen muss ich auch ein Verständnis, dass das, wie ich die Realität wahrnehme, die „Wahrheit“ darstellt, denn unsere Perspektive auf die Welt ist u.a. entscheidend davon geprägt, wie wir selber als Subjekt wahrgenommen werden und welche soziale Position wir einnehmen. So ist es beispielsweise notwendig, den Wunsch nach Befriedigung der angeblich „natürlichen“ Neu-Gier zu bändigen. Als sei es in Ordnung, alles zu sagen und zu fragen, was einer geradeso in den Sinn kommt. Schließlich küssen wir auch nicht alle Menschen, die wir sympathisch finden. Warum glauben dann viele, dass es in Ordnung sei, Migrantinnen oder Menschen mit Behinderungen nach fünf Minuten der Begegnung alles zu fragen, was sie schon immer wissen wollten über die Thailänderinnen oder das Leben aus der Perspektive einer Rollifahrerin. Die Normalität von Grenzüberschreitungen beim Zusammentreffen von Minderheiten und Mehrheit ist eine gewaltvolle Tatsache, die gerne relativiert und verharmlost wird, weil sie nur aus der Perspektive der Mehrheit heraus analysiert wird.

An dieser Stelle stimme ich Anne Broden zu: Ein **Wissen um Ausgrenzung und Diskriminierung** ist eine Notwendigkeit des interkulturellen Tuns. Eine interkulturelle Pädagogik, die sich beständig um die *Andersheit* der *Anderen* dreht und damit deren *Andersheit* herstellt und stabilisiert, affirmiert den *status quo*, indem sie vermeidet, über die Gewalt zu sprechen, die diejenigen erfahren, die *anders* sind. Interkulturelle Pädagogik benötigt ein ständig aktualisiertes Wissen über Diskriminierungen in Ausmaß, Form und Folgen für die potenziellen Opfer und Möglichkeiten und Legitimierung der Gewaltausübung. Die Tabuisierung des Themas Gewalt halte ich für eine fatale Verantwortungslosigkeit, die sich eine kritische Pädagogik meiner Ansicht nach nicht erlauben darf, wenn sie nicht zur Komplizin struktureller Gewalt werden will. Zweifelsohne muss dem Wissen darum, auch die Suche nach Widerstandsstrategien gegen Gewalt und Ausgrenzung folgen. Das Nur-Lamentieren

wird beispielsweise kaum dazu führen, dass mehr Migrantinnen in mit Macht ausgestatteten Positionen zu finden sein werden. Im Übrigen, genauso wenig, wie eine halbherzig verfolgte Quotenregelung nicht dazu geführt hat, dass sich an der beruflichen Schlechterstellung von Frauen etwas wirklich entscheidendes geändert hätte oder die Empörung über die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung aus dem öffentlichen Leben erheblich dazu beitragen würde, dass Mobilitätsschranken fallen. Verkrustete Machtstrukturen werden nicht bewegt durch schöngeistiges Gerede und karriereförderndes Philosophieren. Pädagogik sei an dieser Stelle problematisiert in seiner die hegemonialen Strukturen stabilisierenden Funktion. Deswegen würde ich sagen, dass es nicht nur wichtig ist die „gesellschaftlich/politischen Rahmenbedingungen [...] nicht aus den Augen [zu] verlieren“, wie Anne Broden schreibt, sondern darüber hinaus das eigene Beteiligtsein an der Produktion und Stabilisierung sozialer Ungleichheitsverhältnisse zu analysieren und herauszufordern. Konkret ergeben sich daraus Fragen, die nach den Konsequenzen der eigenen Privilegiertheit fragen (Was bedeutet es, dass ich weiß bin? Woran hindert mich meine christliche Sozialisation? etc.).

Dann wird auch schnell deutlich, dass ein Sprechen von Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen ein in vielfacher Weise problematisches ist.

Eine **Verletzlichkeitsperspektive** spricht nie nur von einer Form der Diskriminierung, sondern versucht soziale Diskriminierungen in ihrer Komplex- und Kompliziertheit zu fassen. Migrantinnen sind verschiedenen Formen von Verletzungen ausgesetzt: Lesbische Migrantinnen meiden deswegen andere Orte als heterosexuelle und Migrantinnen, die eine körperliche Behinderung haben, sind anderen Unmöglichkeiten und sozialen Zumutungen ausgesetzt als diejenigen, deren Körper als „normal“ beschrieben werden. Eine unzulässige Homogenisierung ist es deswegen nicht nur, wenn von **den** „Tunesierinnen“ gesprochen wird, sondern auch das Sprechen von **den** „Migrantinnen“ bedarf einer Problematisierung.

Die Migrantin ist ein Mythos, den sich die Interkulturelle Pädagogik gerne bewahrt, weil es – zumindest dem ersten Anschein nach – die eigene Tätigkeit erleichtert. Dagegen verstehe ich Interkulturelle Pädagogik als eine Praxis, die Ungleichheiten und Diskriminierungen transparent macht und Normalisierungsprozesse in den Fokus nimmt. Hierfür ist wohl die **Fähigkeit zum utopischen Denken** essentiell. Eine utopische Praxis ist eine, die den Mut zum Experiment aufbringt und damit eine, die der sozialen Phantasie ebenso bedarf wie eines historisch-politischen Wissens.

Es ist immer wieder erschreckend festzustellen, wie wenig beispielsweise gewusst und erinnert wird über die neue Migrationsgeschichte Deutschlands und den Folgen einer restriktiven Einwanderungspolitik für die erste Generation ebenso wie für die Nachfolgenerationen.

Zum Schluss möchte ich in aller Kürze vier Notwendigkeiten postulieren, die eine solcherlei verstandene Interkulturelle Praxis mit sich bringt:

a) Notwendigkeit der Komplizierung

Bedeutet die Suche nach einem letztgültigen Erklärungsschema aufzugeben und auf Simplifizierungen, die lediglich Ausdruck von Denkfaulheit sind, zu verzichten. Es ist an der Zeit, sich von der Rhetorik – nicht nur dem Vokabular – einer wohlmeinenden Ausländerpädagogik zu verabschieden, die beständig respektvolles Handeln mit Toleranz verwechselt und die Grenze zwischen „Wir“ und „Ihr“ zu kennen glaubt.

b) Notwendigkeit der infiniten Verantwortung

Dies macht eine Verantwortung vonnöten, die nicht dort endet, wo die eigenen Privilegien angetastet werden und, wie Jacques Derrida sagt: „Wenn die Verantwortlichkeit nicht unendlich wäre, dann gäbe es keinerlei moralische oder politische Probleme. Es gibt diese nur und alles, was aus ihnen folgt, weil die Verantwortlichkeit nicht limitiert werden kann“. Diese fordert einen Ruf nach Gerechtigkeit, bei dem Gerechtigkeit nicht ein zu erreichendes Ziel darstellt, sondern eine Erfahrung des Unmöglichen darstellt, so wie die Hoffnung Ernst Bloch zufolge eben enttäuscht werden muss, damit sie nicht zum Mythos, zu Illusion wird.

„Orientierungspunkte interkultureller Bildungsarbeit“

Dr. Stephan Bundschuh
Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA), Düsseldorf

Anhand der folgenden drei Beispiele, die im ersten Teil des Workshops vorgestellt und bearbeitet wurden, diskutierten die Teilnehmenden des Workshops im zweiten Teil mögliche Orientierungspunkte einer interkulturellen Pädagogik.

Gruppe 1

Planung eines Stadtteilfestes

Eine Stadtteilinitiative plant in ihrem Viertel ein Straßenfest und bittet um finanzielle und ideelle Unterstützung beim Kulturamt der Stadt. Dort ist man für die Idee aufgeschlossen und ein erstes Treffen zwischen VertreterInnen des Stadtteils und des Kulturamtes wird vereinbart. Bei diesem Treffen sollen folgende Punkte besprochen werden:

- Wer ist die Zielgruppe unseres Festes (bitte genauere Bestimmung)?
- Was brauchen wir, damit bei unserem Straßenfest alle relevanten Initiativen des Viertels dabei sein können, was erschwert/verunmöglicht eine Zusammenarbeit?
- Gibt es ein (kulturelles, politisches, kulinarisches ...) Programm?

Gruppe 2

Klassenfahrt der 10b

Zum Abschluss der 10. Klasse fahren die SchülerInnen mit einigen LehrerInnen für eine Woche nach Berlin. In den vergangenen Jahren gab es wiederholt Schwierigkeiten für junge muslimische Frauen, die Erlaubnis für die Teilnahme an dieser Abschlussfahrt von ihren Eltern zu bekommen. Die KlassenlehrerInnen aller 10. Klassen treffen sich im Vorfeld der Gespräche mit SchülerInnen und Eltern, um gemeinsam zu überlegen, wie sie Rahmenbedingungen schaffen, damit alle SchülerInnen mitfahren können. Folgende Themen stehen auf der Agenda dieser LehrerInnen-Besprechung:

- Welche Interessen haben die SchülerInnen und wie können wir sie bei der Realisierung dieser Interessen unterstützen?
- Welche Besonderheiten einzelner SchülerInnen müssen bei der Planung von vorne herein berücksichtigt werden?
- Wie können wir den Eltern mögliche Ängste/Vorurteile nehmen, damit sie ihre Kinder mitfahren lassen?

Gruppe 3

Auseinandersetzungen in Siedlungen

In einer kleinbürgerlichen Siedlung am Rande der Stadt ist eine Gruppe von Roma vom Sozialamt untergebracht worden und zwar in alten Mehrfamilienhäusern, die eigentlich hätten abgerissen werden sollen. Diese Mehrfamilienhäuser liegen zwar in einer anderen Straße als die Reihenhäuser der Siedlung, liegen aber in Sichtweite.

Seit dem Einzug der Roma herrscht in der Siedlung ein angespanntes Klima. Die alteingesessenen BewohnerInnen beklagen sich über laute Musik, Gerümpel auf der Straße, Teppiche auf der Leine, Kinderlärm etc. Es beginnen erste Streitigkeiten und Auseinandersetzungen, bis ein Bewohner eines Reihenhauses das Sozialamt zur Vermittlung einschaltet.

- Welche Faktoren müssen Sie im Vorfeld beachten, um erfolgreich eingreifen zu können?
- Sie dürfen sich Unterstützung für das Konfliktmanagement suchen, beispielsweise eineN weitereN KollegIn des Sozialamtes oder eines anderen Amtes der Stadtverwaltung. Wen suchen Sie sich nach welchen Kriterien aus?
- Was muss der Vermittlungsprozess initiieren, damit sich das Klima in der Siedlung längerfristig stabilisiert?

**„Ausblick: Wie geht's weiter mit
ENTIMON, XENOS & Co?“**

Andrea Keppke
ENTIMON-Servicestelle,
Gesellschaft für soziale Unternehmens-
beratung mbH (gesub), Berlin

Aus den Ergebnissen und Erfahrungen der Umsetzung des einmaligen Sonderprogramms „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ in 2001 entwickelten die beteiligten Programmpartner die Leitlinien für das Modellprogramm „entimon“ (würdevoll/Respekt).

Modellprogramm – im Sinne der gesetzgebenden Funktion kann der Bund im Rahmen seiner Anregungskompetenz modellhaft präventive Konzepte Vor-Ort fördern (Projektförderung max. 3 Jahre).

Vor diesem Hintergrund ist das Modellprogramm ausgerichtet auf

- direkte Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement vor Ort (gemeint ist hier der Paradigmenwechsel von der Arbeit mit Problem- und Randgruppen zur Förderung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure und Potentiale),
- die grundsätzliche Ausrichtung an der Situations- und Bedarfslage vor Ort,
- die konsequente Berücksichtigung hinsichtlich des Eingehens von Kooperationen/ Partnerschaften und/oder der Einbindung in lokale/regionale Netzwerke,
- die besondere Berücksichtigung der Entwicklung von innovativen Ansätzen und deren Überprüfung auf ihre Praxistauglichkeit,
- das Voranbringen von interdisziplinären Arbeitsansätzen bei der Entwicklung von Strategien zur Förderung von Toleranz und Demokratie,
- die besondere Berücksichtigung von Aktivitäten zur Förderung des interkulturellen/-religiösen Dialogs.

Programmkontingent:

Bisher wurden für das Programm entimon 30 Mio. € zur Verfügung gestellt (einschl. 2004); zuzüglich Sonderprogramm 2001 insgesamt 45,34 Mio. €. Bei der beabsichtigten Fortführung bis 2006 – insgesamt 63,34 Mio. € durch den Bund für entimon geplant.

Bisher wurden zwei Interessenbekundungsverfahren durchgeführt: In 2002 – 913 Projekt-Angebote eingereicht; im Rahmen des Auswahl- und Entscheidungsverfahrens wurden 245 Projekte gefördert, davon 152 mehrjährige Projekte.

In 2003 – 410 Projekt-Angebote eingereicht; im Rahmen des zur Verfügung stehenden Programmkontingentes konnten in 2003 238 Projekte gefördert werden.

Auf Grund der eingegangenen Verpflichtungen und hinsichtlich des zur Verfügung stehenden Treugutkontingentes konnte kein Interessenbekundungsverfahren für 2004 zur Aufnahme von neuen Projekten durchgeführt werden.

Das heißt, dass in 2004 z. Z. 153 mehrjährige Projekte von 154 geplanten Projekten, die ihre Arbeit in 2002/2003 begonnen haben, ihre Projektarbeit im Rahmen von entimon fortsetzen.

Für die xenos-Projekte sei an dieser Stelle erwähnt, dass im Rahmen von entimon unterjährige und mehr- bzw. überjährige Projekte gefördert werden. Der Förderzeitraum für ein Projekt kann max. 3 Jahre betragen.

Vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Anliegens des Aktionsprogramms programmübergreifenden/e Austausch und Vernetzung geförderter Projekte auf regionaler Ebene zu unterstützen, wurde in 2003 damit begonnen Länder-/Regionalkonferenzen zu planen und durchzuführen.

Regionale Netzwerke sind über das gemeinsame Thema des Aktionsprogramms definiert, mit dem zentralen Ziel, vorhandene Ressourcen zielgerichtet zu bündeln. Das aus Erfahrung gewonnene gemeinsame Wissen innerhalb eines regionalen Netzwerkes bestimmt zu einem guten Teil die Chancen, in NRW Projektergebnisse nachhaltig zu etablieren, den Fundus an Wissen und Erfahrungen weiterzutragen und unterstützt bei der Formulierung von neuen Strategien.

Dabei konnten wir alle feststellen, dass verschiedene methodische und interdisziplinäre Arbeitsansätze bei der Umsetzung der gemeinsamen Thematik entwickelt wurden und weiterentwickelt werden. Im Mittelpunkt steht vor allem der Informationstransfer und der fachbezogene Austausch, den wir gemeinsam auf dieser Fachtagung erfahren haben.

Zentrales Anliegen war und ist es

- Regionsinterne Kräfte zu aktivieren/integrieren und zu motivieren sowie persönliche Kontakte herzustellen,
- Sachthemen für eine intensivere Behandlung im Rahmen von Workshops zu identifizieren,

- Angebote und Aktivitäten regionaler Akteure besser aufeinander abzustimmen,
- Bündelung von wesentlichen Angeboten und Entwicklungsvorhaben.

Für das Jahr 2003/2004 sind insgesamt 11 Länder-/Regionalkonferenzen geplant, die hinsichtlich des Ablaufs ähnlich geplant sind.

NBL – Servicestelle civitas in Kooperation mit der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus und einem geförderten Träger aus dem jeweiligen Land

ABL – Servicestelle entimon in Kooperation mit einem Bundeszentralen Träger

In 2003 wurden in den BL Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Berlin Länderkonferenzen durchgeführt.

Im Februar fanden die Regionalkonferenz Nord für die Bundesländer HB, HH, SH und NI und die Länderkonferenzen NRW und Hessen statt.

Im März findet die Regionalkonferenz Süd-West für die BL RP, BW und SL und die Länderkonferenz Bayern statt.

Für die Bundesländer Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind Länderkonferenzen im Juni 2004 geplant.

Im Anschluss werden mit den beteiligten Akteuren die Konferenzen ausgewertet und die weitere Vorgehensweise für 2005 abgestimmt.

Erste Wünsche sind bereits geäußert worden, beispielsweise vor dem Hintergrund des Erfahrungsaustausches zwischen Ost und West ein anderer Zuschnitt der Bundesländer (z. B. Regionalkonferenz SH und MV).

Einige Länder-/Regionalkonferenzen haben einen dritten Tag/bzw. zweite Hälfte des zweiten Tages als Fortbildung eingeplant. Dabei stehen ganz im Sinne der Programm- und Projektakteure Themen im Mittelpunkt, wie Qualitätssicherung/Selbstevaluation, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising oder das Thema „Streitkultur als Ansatz zur Gewaltprävention in der Jugendarbeit“.

Ende April wird das Internetportal zum Aktionsprogramm freigeschaltet. Dadurch ist eine lokale/regionale Recherche über geförderte Projekte aus den drei Teilprogrammen möglich.

Wie einige von Ihnen bereits erfahren haben, findet am 13. und 14.05.2004 die Projektmesse zum Aktionsprogramm in Berlin im Palais am Funkturm statt. Dort werden ca. 100 beispielhafte Projekte aus den Teilprogrammen xenos, civitas und entimon ihre Erfahrungen und Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Weiterhin ist in Veränderung zur Projektmesse „Stark für Toleranz und Demokratie“ im Feb. 2002 zum Programm „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ 2001 geplant, verstärkt Haupt- und Berufsschüler/innen sowie deren Multiplikatoren/innen als Messebesucher anzusprechen.

Im zweiten Halbjahr 2004, die gegenwärtigen Planungen gehen vom 3. Quartal aus, ist die Durchführung eines weiteren Interessenbekundungsverfahrens zur Neuaufnahme von Projekten in die Förderung des Programms entimon ab 2005 geplant.

Demnächst werden mit den beteiligten Programmpartnern die Leitlinien sowie das Auswahlverfahren auf Grund der bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen abgestimmt.

Vor dem Hintergrund der max. Förderung von 2 a (Programmlaufzeit bis 31.12.2006) und des geplanten Budgets wird überlegt, dass dem interessierten Antragsteller besondere Ausschreibungshinweise gegeben werden.

Wie in jedem Jahr haben mehrjährige Projekte, die eine Fortführung über den 31.12.2004 hinaus beabsichtigen, einen Ergebnisbericht bis zum 31.10.2004 einzureichen.

Wie in den Leitlinien festgelegt, hat dabei der Projektträger die Degression der entimon-Förderung zu berücksichtigen. Angesicht der zunehmend knapper werdenden Haushaltsmitteln bei Länder, Kommunen und Gemeinden ist das nicht immer leicht. Die mehrjährigen Projekte in 2004 weisen im Gesamtdurchschnitt eine Eigen- und Drittmittelbeteiligung in Höhe von ca. 31% aus. Mehrjährige Projekte unter Ihnen wissen, dass wir als Servicestelle bestrebt sind, dahingehend Anstoß und Unterstützung, u.a. durch die Erstellung von Akquisitionsplänen, zu geben.

Vor diesem Hintergrund wird zunehmend das Thema Fundraising, insbesondere mit seinen Instrumentarien Spenden, Stiftungsgelder, Selbsterwirtschaftetes und Sponsoring, bei der Projektplanung und -durchführung Einzug halten.

Qualitätssicherung/Selbstevaluation – Fortsetzung des Qualitätsdialoges durch die Servicestelle mit den mehrjährigen Projekten vor dem Hintergrund der Erreichung der geplanten Projektziele und der nachhaltigen Etablierung der Projektergebnisse ...

Besonderer Dank an die ausstellenden Projekte ...

**„Ausblick:
Wie geht's weiter mit ENTIMON, XENOS & Co.?"**

Das Bundesprogramm „XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt“

Thomas Becker
Programmkordinator XENOS
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Berlin

Erste erfolgversprechende Ergebnisse bei Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Schnittfeld Schule, Beruf und Arbeitswelt

Das Bundesprogramm „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ zielt darauf ab, mit praxisnahen Maßnahmen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung nachhaltig entgegen zu wirken. Xenos knüpft im Schnittfeld Schule, Beruf und Arbeitswelt an. Zum ersten Mal werden arbeitsmarktbezogene Maßnahmen mit Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus strukturell verknüpft. XENOS ist deshalb auch als Modellwerkstatt zur Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze angelegt, die nachhaltig verbreitet und über Multiplikatoren in der Gesellschaft verankert werden sollen.

„XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ ist ein Teil des von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Im Mittelpunkt steht die Erarbeitung und Umsetzung neuer Konzepte präventiver Jugendarbeit, die zu einer Stärkung der demokratischen Kultur und zivilen Engagements – auch durch die Verknüpfung mit arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen – beitragen soll. Neben XENOS komplettieren die Programme „Civitas – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und „Entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ mit unterschiedlichen Schwerpunkten das Aktionsprogramm.

Im Rahmen von XENOS werden in erster Linie Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen, die beim Zugang zu Arbeitsplätzen und bei der schulischen und beruflichen Bildung benachteiligt sind. Gerade dort, im Schnittfeld von Schule, Beruf und Arbeitswelt, zeigen sich starke Interdependenzen zwischen drohender Arbeitslosigkeit, vermeintlicher Konkurrenz um Arbeitsplätze mit Zuwanderern, latent oder offen vorhandenen fremdenfeindlichen Haltungen und fremdenfeindlichen Äußerungen und steigender Gewalt- und Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Fremden. Dem subjektiven Erleben von blockierter Zukunft in Form von Lehrstellenmangel oder Langzeitarbeitslosigkeit folgt oftmals die Suche nach trägerischen „Ersatzkarrieren“ im rechtsextremistischen Umfeld.

Die Förderschwerpunkte von XENOS sind:

- Integrierte lokale Projekte, mobile Beratungsteams und Experten-pools,
- Qualifizierung von Multiplikator/innen,
- Maßnahmen in Schule, Beruf und Betrieben sowie
- Information und Sensibilisierung.

Die geförderten Projekte umfassen z.B. Seminare zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz von in- und ausländischen Jugendlichen in Verbindung mit Berufspraktika im Inland und europäischen Ausland zur Verbesserung der beruflichen Mobilität. Ebenso gehört die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsmodulen/Curricula für Multiplikatoren in Schule, Beruf und Betrieben sowie das gegenseitige Kennen lernen von kulturellen und beruflichen Unterschieden und Gemeinsamkeiten im Rahmen der beruflichen Ausbildung, Orientierung, Berufsvorbereitung und Beratung zu den Förderschwerpunkten des Programms.

Zur Umsetzung von XENOS stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 rund 75 Mio. € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) bereit. 55 % der ESF-Mittel entfallen auf Ostdeutschland und 45 % auf den Westen Deutschlands. Einschließlich der nationalen Kofinanzierung umfasst das Programm XENOS rund 150 Mio. €. Bei der Programmdurchführung besteht eine enge Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Im März 2002 wurde die Nationale Koordinierungsstelle XENOS mit insgesamt 8 MitarbeiterInnen zur Umsetzung des Programms zunächst in das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und seit dem 09. Dezember 2002 als Arbeitsgruppe in das Referat X B 4 Technische Hilfe im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit organisatorisch eingebunden. Das XENOS-Team hat bisher 225 Projekte bewilligt und zu fachlichen und finanztechnischen Fragen beraten. Die durchschnittliche Laufzeit der einzelnen Projekte beträgt drei Jahre. Seit Anfang 2004 wird das Programm XENOS durch einen externen Evaluator wissenschaftlich evaluiert.

XENOS wirkt langfristig auf gesellschaftliche Strukturen ein und ermöglicht es, wichtige Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland zu ziehen. Wissenschaftliche

Erkenntnisse aus den laufenden XENOS-Projekten, die z.B. im Rahmen von grenzüberschreitenden Austauschmaßnahmen mit osteuropäischen Jugendlichen generiert werden, zeigen Möglichkeiten zur gesellschaftspolitischen Flankierung des Beitritts von Ländern aus Mittel- und Osteuropa zur Europäischen Union auf.

XENOS ist ein Pfeiler der langfristig und nachhaltig angelegten Strategie der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Bundesregierung reagiert damit auf die Herausforderungen komplexer gesellschaftlicher Strukturen in einer zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft.

Stand und Verteilung der bewilligten XENOS-Projekte nach Bundesländern (Stand : 01.04.2004)

Bundesland	Anzahl der XENOS-Projekte	ESF-Gesamt (in Mio. EUR)	ESF-Ziel-1 (in Mio. EUR)	ESF-Ziel-3 (in Mio. EUR)
Brandenburg	20	6,47	6,47	–
Berlin	36	13,30	9,61	3,69
B.-Württemb.	10	2,78	0,62	2,16
Bayern	12	3,45	0,16	3,29
Bremen	5	1,74	–	1,74
Hessen	19	5,38	0,93	4,45
Hamburg	3	0,78	–	0,78
Meckl.-Vorp.	12	4,18	4,10	0,08
Niedersachs.	9	2,19	0,19	2,00
NRW	36	10,49	1,08	9,41
Rh.-Pfalz	6	2,49	0,25	2,24
S.-Holstein	6	1,54	–	1,54
Saarland	4	1,19	–	1,19
Sachsen	27	9,15	9,15	–
S.-Anhalt	9	3,82	3,82	–
Thüringen	11	2,85	2,85	–
Gesamt	225	71,80 (100 %)	39,22 (55 %)	32,57 (45 %)